

34. Bundesparteitag

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

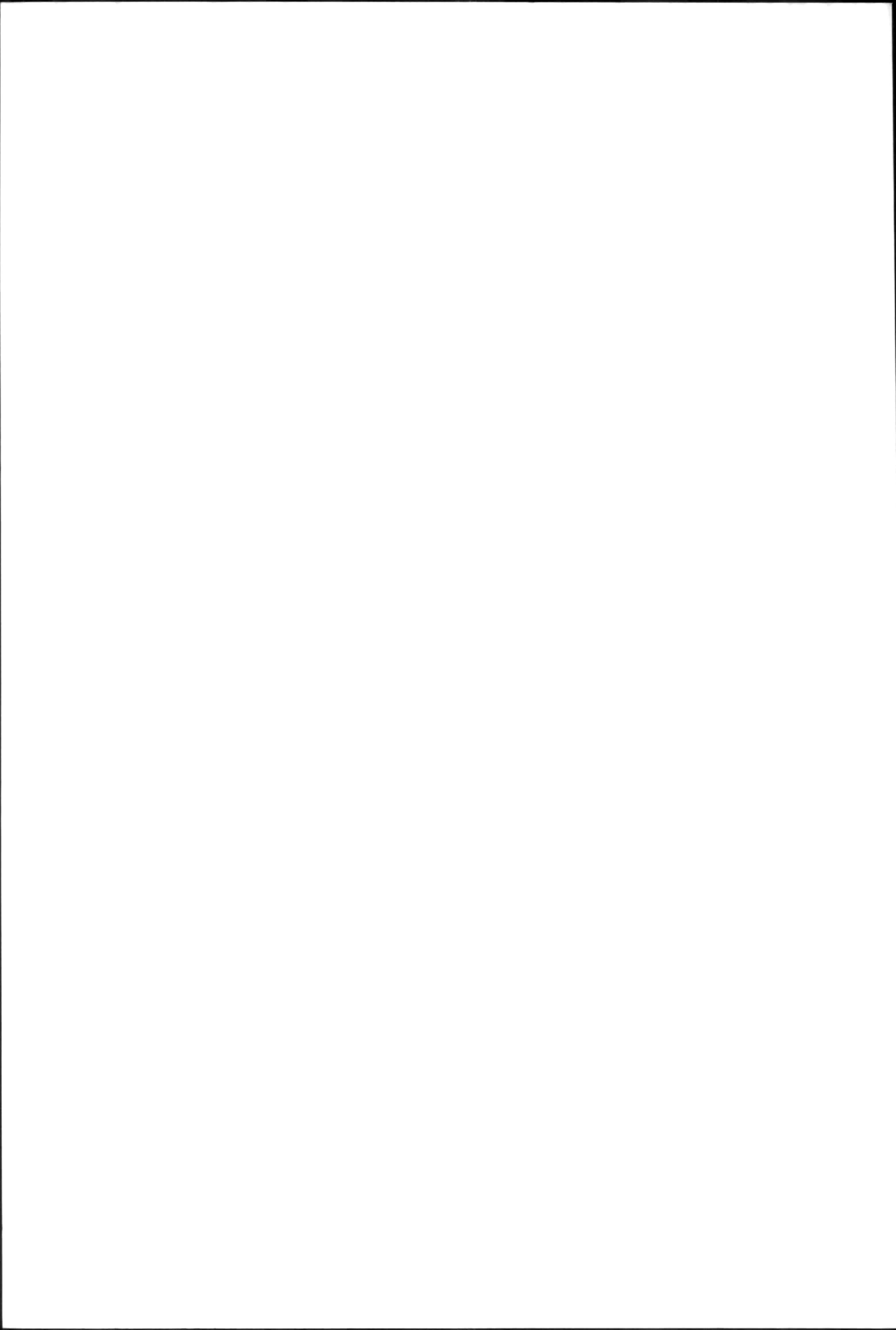
**Anlage zum Bericht des
Generalsekretärs**

6. – 8. Oktober 1986 · Mainz

CDU



*Die
Zukunft*



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

**34. Bundesparteitag
6.–8. Oktober 1986
Mainz**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
I. Die politischen Schwerpunkte	7
1. Erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik	7
2. Moderne Technik, sichere Energie, mehr Umweltschutz	8
3. Neue Wege in der Sozialpolitik	8
4. Unsere Politik für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft	9
5. Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau	9
6. Für ein glückliches Leben im Alter	10
7. Den Frieden in Freiheit erhalten	11
8. Unser Einsatz für die Menschenrechte	12
II. Parteigremien	13
1. Präsidium	13
2. Bundesvorstand	13
3. Bundesausschuß	13
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	14
5. Bundesfachausschüsse	14
6. Kommissionen	19
6.1 Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“	19
6.2 Rentenkommission	19
6.3 Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU	19
6.4 Wahlprogramm-Kommission	20
7. Bundesparteigericht	20
III. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	21
IV. Die Bundesgeschäftsstelle	23
1. Personal/Verwaltung	23
1.1 Parteifinanzierung	23
2. Politik	24
2.1 Grundsatz- und Planungsabteilung	24
2.2 Hauptabteilung Politik	25
3. Öffentlichkeits- und Pressearbeit	26
3.1 Werbemittel	26
3.2 Bildschirmtext	26
3.3 UiD	26
3.4 Deutsches Monatsblatt	27
3.5 Pressearbeit	27
4. Organisation	28
4.1 Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes	28
4.2 Veranstaltungen und Kongresse	29
4.3 Wahlkämpfe – Bundesredner – Parteiorganisation	32
V. Der Bundestagswahlkampf	34
1. Die Kampagnen des Wahlkampfes	34
VI. Mitgliederstatistik der CDU	36
1. Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend	36
2. Die Entwicklung der Mitgliederabgänge	38
3. Mitgliedsdauer	39

Vorwort

Der vorliegende Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle gibt einen Überblick über die Aktivitäten und Dienstleistungen des Konrad-Adenauer-Hauses seit März 1985.

- Mit dem 33. Bundesparteitag in Essen hat die CDU die Diskussion über die neue Partnerschaft von Mann und Frau begonnen und damit zugleich die Meinungsführerschaft zu diesem Thema übernommen.
- Mit der „Beschäftigungsaktion 10.000“ wurde die Öffentlichkeit über unsere erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit informiert.
- Mit der Kampagne „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ haben wir bewußt gemacht, daß die CDU eine Umweltpartei ist und die Regierung eine erfolgreiche Umweltpolitik gestaltet.
- Mit der „Offensive '87. Wir in der CDU für Deutschland“ wurde die Partei in einer umfangreichen Kampagne für die Bundestagswahl aktiviert und ausgerüstet.
- In der Auseinandersetzung um die Neufassung des § 116 AFG hat die Bundesgeschäftsstelle für eine umfassende Information und argumentative Zurüstung gesorgt.
- Die Aktion „40 Jahre CDU“ hat das Jubiläumsjahr zum Anlaß genommen, Bewußtsein, Kontinuität, Erfolge und Perspektiven der CDU-Politik aufzuzeigen.

- Mit der Auftaktkampagne zum Bundestagswahlkampf wurden die Leistungen der Bundesregierung Helmut Kohl („Weiter so, Deutschland“) und die Zukunftsfähigkeit der Partei („CDU – die Zukunft“) herausgestellt. Durch eine Plakataktion, die Herausgabe einer ersten Kandidatenzeitung, die Durchführung von sieben Regionalkonferenzen und drei Fachkongressen sowie die Erstellung einer großen Zahl von Argumentations- und Aktionshilfen wurde eine breit angelegte Mobilisierung eingeleitet.

Unser Dank gilt allen, die sich für unsere gemeinsame Sache eingesetzt haben. Stellvertretend für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Partei danken wir den Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus, die gerade in Wahlkampfzeiten weit über das im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses übliche Maß hinaus engagiert sind. Dank verdienen auch die Freunde der CDU in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, auf deren gute Zusammenarbeit die Bundesgeschäftsstelle angewiesen ist. Ihnen allen sei an dieser Stelle ein herzliches Wort der Anerkennung gesagt.

Die Weichen sind gestellt: In den kommenden Wochen und Monaten wird die CDU alle Kräfte mobilisieren. Die bevorstehende Wahlentscheidung ist eine politische Richtungsentscheidung, deren Auswirkungen weit über den Zeitraum einer einzelnen Legislaturperiode hinausreichen. Wir kämpfen dafür, unsere erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen zu können.

Dr. Heiner Geißler MdB
Generalsekretär

Peter Radunski
Bundesgeschäftsführer



I. Die politischen Schwerpunkte

1. Erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik

Die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik ist geprägt von einer grundlegenden Veränderung gegenüber der SPD-Politik der 70er Jahre, die glaubte, mit vermehrtem Staatsinterventionismus, Schuldenmacherei und Inflationspolitik die strukturellen Probleme der deutschen Volkswirtschaft lösen zu können.

Mit der konsequenten Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, die auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen abzielte, konnte die Bundesregierung die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen, Preisstabilität erreichen, die Neuverschuldung abbauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder herstellen.

Diese für die Bürger unmittelbar bedeutsamen Erfolge galt es in breiten Informationskampagnen gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen. Der Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation standen dabei im Mittelpunkt unserer Arbeit, um dem SPD-Vorwurf zu begegnen, die Bundesregierung baue ausschließlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und der Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei. Umfassende und intensive Aufklärungsaktionen haben jedoch dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit als langfristiges strukturelles Problem zu sehen, das nur Schritt für Schritt gelöst werden kann. Die Informationen über steigende Beschäftigungszahlen und Fachkräftemangel zeigten den Bürgern, daß der Aufschwung den Arbeitsmarkt voll erfaßt hat. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Informationskampagnen zum Thema Beschäftigung ist, daß die Arbeitnehmer deutlich weniger Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben.

„Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen“ lautete der Titel des Wirtschaftspolitischen Kongresses, der am 28. Oktober 1985 in Osnabrück stattfand und auf dem 400 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über Perspektiven der Beschäftigungspolitik

diskutierten und praktische Beispiele erfolgreicher Beschäftigungsinitiativen vorstellte.

Mit der zweistufigen Steuersenkung 1986 und 1988 hat die Bundesregierung einen ersten wichtigen Schritt zur Entlastung der Arbeitnehmer getan. In der Öffentlichkeit mußte deutlich gemacht werden, daß die CDU die Steuersenkungspartei in der Bundesrepublik Deutschland ist, die mit der Entlastung der Bürger von Steuern und Abgaben Ernst macht. Steuerpolitik ist für uns ein zentrales Politikfeld, da hier der Bürger den Zugriff des Staates unmittelbar spürt. Steuern und Abgaben wirken sich unmittelbar auf die Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern aus, deshalb zeigen wir den Bürgern hier eine Perspektive für die nächsten Jahre auf: „Leistung muß sich wieder lohnen – wir senken die Steuern!“

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Mittelstandes für eine moderne und humane Industriegesellschaft stand im Zentrum der mittelstandspolitischen Aktivitäten der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Da vor allem seitens des Mittelstands große Erwartungen an die Politik der Bundesregierung gerichtet wurden, stand eine umfassende Information über die Leistungen der Bundesregierung für den selbständigen Mittelstand im Vordergrund unserer Arbeit.

Materialien

- Leitfaden „CDU-Offensive für mehr Beschäftigung“
- Faltblatt „Jetzt einstellen“
- Wandzeitung: Beschäftigungsförderungsgesetz
- CDU extra „Wir schaffen Arbeit“
- Broschüre „Mehr Arbeitsplätze durch mehr Innovation“
- Broschüre „Von den roten in die schwarzen Zahlen/Erfolgsbilanz der Sozial- und Gesellschaftspolitik“

2. Moderne Technik, sichere Energie, mehr Umweltschutz

Umwelt- und Naturschutz blieb ein wesentlicher Schwerpunkt in der politischen Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Mit Flugblättern, Zeitungen, Broschüren und Dokumentationen wurde die umweltpolitische Arbeit der Bundesregierung unterstützt und erläutert.

Dabei ging es besonders darum, über die Maßnahmen zur Luftreinhaltung aufzuklären. In einer besonderen Aktion wurde die Bevölkerung auf die neuen Möglichkeiten schadstoffarmen Autofahrens und den entsprechenden Steuerbefreiungen hingewiesen.

Unsere Politik für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland rückte vor allem nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl in den Vordergrund.

Am 3. Juli 1986 fand eine öffentliche Anhörung von Experten zu den Folgen des Kraftwerksunglücks von Tschernobyl für die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland statt. Auf dem energiepolitischen Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ am 27. August 1986 erörterten über 300 Energieexperten Chancen und Risiken verschiedener Wege in der Energiepolitik. Die neuen energiepolitischen Leitlinien der CDU, die der Bundesfachausschuß „Energiepolitik“ erarbeitet hat, zeigen die energiepolitische Perspektive der CDU auf. Sie wurden am 17. September 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Moderne Technologien sind die Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg der Bundesrepublik Deutschland in eine humane Zukunft. Vor allem die positiven Beschäftigungswirkungen moderner Technologien wurden herausgestellt, sowie ihre Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und für den Umweltschutz.

3. Neue Wege in der Sozialpolitik

1975 hatte die CDU in ihrem Konzept der Neuen Sozialen Frage den Schutz der Machtlosen und der nichtorganisierten Minderheiten als die neue soziale Aufgabe unserer Zeit bezeichnet. Vor diesem sozialen Grundproblem hatte eine Politik, die sich nur am Konflikt zwischen Arbeit und Kapital orientierte, versagt.

Neue Ansätze der Sozialpolitik konzentrieren sich vor allem auf benachteiligte Gruppen: wie kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter, ältere Menschen – vor allem Witwen –, Behinderte, Pflegebedürftige und Dauerarbeitslose.

Neue Wege in der Sozialpolitik sind auch dort zu finden, wo jenseits der großen Sozialversicherungs-

Am 24. September 1986 fand in Bonn ein Technologiepolitischer Fachkongreß zu dem Thema „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“ statt, auf dem über 500 Experten zu den Bereichen moderne Techniken sichern die Zukunft der Arbeit, ermöglichen wirksamen Umweltschutz, gewährleisten sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und ermöglichen humane Arbeitsbedingungen, diskutierten.

Ziel der agrarpolitischen Diskussion in der Union ist die Erhaltung und Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebs in der Betriebsstruktur des Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebs. In engem Kontakt zwischen CDU und CSU wurde von einer Kommission des CDU-Präsidiums unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht ein agrarpolitisches Konzept erarbeitet, das Zug um Zug verwirklicht wird, um schnell und unbürokratisch die Fehlentwicklungen zu korrigieren, die sich als Erblast aus der Zeit der SPD-geführten Bundesregierung ergeben haben.

Materialien

- Faltzeitung „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ (mit farbigem Poster)
- Argumentationsfaltblatt „Fünf Thesen zur Umweltpolitik“
- Prospekt „Unsere Luft wird sauberer“
- Broschüre „Aus Liebe zur Heimat/Umwelt“
- Broschüre „Boden und Landschaft“
- Handbuch „Umweltaktionen von A – Z“
- Flugblatt: Umwelt
- Rahmenflugblatt „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“
- Rahmenplakat „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“
- CDU-Kräuter-Pflanz-Würfel

und Versorgungssysteme des Staates „kleine Netze“ wie Nachbarschafts- und familiäre Hilfen gestärkt werden.

„Stellt sich die Neue Soziale Frage neu, 'Neue Armut', organisierte Interessen, neue Arbeit“ hieß das Thema des 8. Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächs am 12. Dezember 1985. Die Einleitungsreferate hielten CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerhard Muhr. Führende Vertreter der Wissenschaft, aus den Verbänden, den Kirchen sowie aus Politik und Publizistik beteiligten sich an der Podiumsdiskussion, die 300 Zuhörer verfolgten. Die Bundesgeschäftsstelle stellte in einer Dokumentation die Einführungsrefe-

rate und Auszüge aus der Podiumsdiskussion der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

In einer Pressekonferenz zog CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler am 8. Juli 1986 in Bonn eine sozialpolitische Bilanz der Regierung Helmut Kohl. Sie stand unter dem Thema „Hilfe für sozial Schwache und Nicht-Organisierte: Die Neue Soziale Frage ist Fahrplan für die CDU-Politik“. Dr. Geißler betonte die erfolgreiche Politik der CDU zugunsten kinderreicher Familien, alleinstehender Mütter, älterer Menschen, Behinderter und Pflegebedürftiger,

Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger sowie Dauerarbeitsloser. Gleichzeitig wandte er sich gegen die Sozialdemagogie der SPD und von Teilen der Gewerkschaften, die mit dem Schlagwort „Neue Armut“ die sozialpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl herunterspielen wollen.

Materialien

- Broschüre „Sichere Renten, solidarische Hilfe, sozialer Fortschritt“

4. Unsere Politik für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der CDU war und wird weiterhin die Familienpolitik sein.

Die gesellschaftspolitische Neuorientierung seit Übernahme der Amtsgeschäfte durch die Regierung Helmut Kohl kommt in der Familienpolitik am deutlichsten zum Ausdruck. Die Familien werden um zusätzlich 10 Milliarden Mark entlastet. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, Kinderfreibeträge und Kindergeldzuschläge, Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“, Steuererleichterungen für Alleinerziehende, Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche unter 21 Jahren und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge und höheres Wohngeld sind in dem „Bonner Familienpaket“ enthalten. Diese Verbesserungen für die Familien sind die größte Entlastung dieser Gruppe seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Es ging darum, dieses gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen. Auf Länder- und Kreisebene fanden zahlreiche Ver-

anstaltungen zur Familienpolitik statt. Erwähnt sei an dieser Stelle beispielhaft der Kongreß „Unsere Familie stärken – die Zukunft menschlich gestalten“ der CDU/NRW, der am 12. Juli 1986 in Castrop-Rauxel stattfand. Rund 400 Teilnehmer diskutierten die Themen „Wir lieben Kinder!“, „Familie braucht Lebensraum“ und „Was ist die Familie wert?“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Grundsatzreferat von Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth.

Materialien

- Broschüre „Wir lieben Kinder“
- Wandzeitung „Wir lieben Kinder“
- Aufkleber „Wir lieben Kinder“
- CDU-Modelliermasse „Wir lieben Kinder“
- CDU-Windrad – Bausatz
- CDU-Wasserball
- CDU-Sonnenblende „Wir lieben Kinder“
- T-shirt

5. Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau

Mit dem Essener Bundesparteitag 1985 und den dort beschlossenen Leitsätzen „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ begann ein neuer frauenpolitischer Abschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Entwurf des CDU-Bundesvorstandes gingen von den antragsberechtigten Gliederungen der CDU insgesamt 230 Änderungs- und Ergänzungsanträge ein. Darüber hinaus diskutierten rund 500 Frauen einen ganzen Tag lang in drei Foren die Themen „Frauen in Beruf und Familie“, „Frauen im Berufsleben“, „Frauen in Politik und Gesellschaft“.

Die „Essener Leitsätze“ wirkten im Berichtszeitraum

sowohl in die CDU hinein als auch nach außen: Frauenpolitik wurde zu einem der wichtigsten politischen Themen. Viele Kreisverbände und andere Parteigliederungen der CDU diskutierten die „Neue Partnerschaft“ mit großer Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Bedeutung, die die CDU der Frauenpolitik beimißt, läßt sich exemplarisch an drei Gegebenheiten dokumentieren:

Zum einen wurde das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um die Zuständigkeit für die Frauenpolitik erweitert, d.h. zum ersten Mal gibt es ein Frauenministerium und eine Frauenministerin. Zum zweiten erhielt das Frauenreferat in der Bundesgeschäftsstelle Abteilungsstatus in der

Hauptabteilung Politik. Und schließlich gab der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler MdB, das Buch „Abschied von der Männergesellschaft“ heraus. Es erschien im Juni 1986 und beinhaltet 16 Beiträge zur Gleichstellung der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven.

Über die Verwirklichung der Essener Leitsätze wird dem 34. Bundesparteitag ein eigener Bericht vorgelegt, da der Generalsekretär nach Ziffer 36 der Essener Leitsätze eine Berichtspflicht zur Umsetzung dieses Beschlusses hat.

Zur Umsetzung der Essener Leitsätze hat die Bundesgeschäftsstelle ein Aktionshandbuch herausgegeben. Die im Januar 1985 veröffentlichte Dokumentation „Frauen und neue Technologien“ fand großen Zuspruch und wurde im Juni 1986 neu aufgelegt.

6. Für ein glückliches Leben im Alter

Die Lebenssituation der älteren Generation war und ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, um die Teilhabe der älteren Mitbürger am wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten. Diese Rentenreform gilt nach wie vor im internationalen Vergleich als Beispiel für eine vorbildliche Sozialpolitik.

Die SPD hatte in den Jahren ihrer Regierungstätigkeit durch eine unverantwortliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch ständige Eingriffe in das Leistungsrecht der Rentenversicherung die Sicherheit unseres Rentensystems aufs Spiel gesetzt. Die von der CDU geführte Bundesregierung hat die dadurch drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung beseitigt, indem sie die Rentenfinanzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt und die Soziale Marktwirtschaft erneuert hat. Jeder Rentner kann sich heute wieder darauf verlassen, daß seine Rente auch in Zukunft pünktlich gezahlt wird.

Unser Land und unsere Gesellschaft steht vor einer entscheidenden demographischen Veränderung, die eine sozialpolitische Herausforderung von neuer Qualität darstellt. Eine gesicherte und ausreichende Rente ist eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben im Alter. Aber die eigentlichen Herausforderungen stellen sich heute anders: Heute geht es vielen älteren Mitbürgern nicht nur um materielle Sicherheit im Alter. Vielmehr wollen sie auch im Alter aktiv und selbständig bleiben. Denn das Alter bietet heute mehr denn je zuvor die Chance für eine selbständige, zufriedenstellende Lebensgestaltung. So erhält die Phase des Alters zunehmend den gleichen Stellenwert im Leben des Menschen wie die Jugend oder die Zeit der Berufstätigkeit.

Frauenpolitische Themen wurden regelmäßig im Monatsblatt, dem Uid, und in CDU-Extra aufgegriffen.

Materialien

- Zeitung „CDU extra“:
„Wir wollen die neue Partnerschaft von Mann und Frau“
- Leitsätze „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“
- Aktionshandbuch „Die neue Partnerschaft – Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“
- Video-Film „Die neue Partnerschaft – Frauen in Beruf, Familie und Politik“

Am 14. Oktober 1986 wurde Gerhard Braun MdB zum Seniorenbeauftragten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands berufen. Gerhard Braun hat innerhalb von 10 Monaten bereits 204 Termine zur Gestaltung einer aktiven Seniorenpolitik wahrgenommen, darunter 25 Besuche in Heimen und bei Senioren-Initiativen, 52 Referate bei Senioren-Veranstaltungen, Gesprächsrunden mit Bundes- und Länderministerien sowie den freien Wohlfahrtsverbänden und nicht zuletzt zahlreiche Gespräche unmittelbar vor Ort mit den betroffenen älteren Menschen. Zwischen Berlin und Aachen, zwischen Flensburg und Waldshut wurden in den 10 Monaten rund 60.000 km für eine aktive Seniorenpolitik zurückgelegt.

Am 19. März 1986 fand im Konrad-Adenauer-Haus der Seniorenkongreß: „Für ein glückliches Leben im Alter“ statt. Mit rund 1.500 Teilnehmern war dies die größte Veranstaltung, die jemals im Konrad-Adenauer-Haus stattgefunden hat. Generalsekretär Dr. Heiner Geißler hat auf diesem großen Kongreß erklärt, daß er den Delegierten des ersten Parteitages nach der Bundestagswahl die Einführung einer bundesweiten Senioren-Union zur Beschlußfassung vorschlagen wird. Dies wird nicht nur zu einer wesentlichen Stärkung der Senioren in der Union führen, sondern auch zu einer erheblichen Verbesserung der Interessensvertretung von Senioren in Politik und Gesellschaft.

Bereits heute gibt es die Senioren-Union in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. In diesen Bundesländern gibt es heute rund 600 Orts- und Kreisvorsitzende der Senioren-Union, die sich alle dafür einsetzen, daß den älteren Mitbü-

gern mehr Felder der Mitgestaltung und der Mitverantwortung erschlossen werden.

Die erste bundesweite Aktion der Senioren-Union, die am 14. August 1986 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, lautet: „Gute Nachbarschaft“. Zu diesem Zweck wurde den Senioren der CDU ein Aktionsleitfaden an die Hand gegeben, der auf vorbildliche Initiativen und Aktivitäten unserer bisherigen Seniorenarbeit aufbaut. Dazu gehören vor allem Telefonringe gegen die Einsamkeit, Ferienbetreuungen für mehr Abwechslung im Leben der älteren Mitbürger, Diskussionsrunden zur gesunden Ernährung für ein gesundes Leben auch im Alter und die Unterstützung von Seniorenbeiräten auf kommunaler Ebene zur Stärkung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten im Alter. Dazu gehören aber auch Möglichkeiten für ältere Mitbürger, ihren Wissens-

und Erfahrungsschatz an jüngere Mitbürger weiterzugeben.

Seniorenarbeit setzt nicht nur bei den Senioren an, sondern bezieht die jüngeren Mitbürger mit ein. Hierdurch soll dazu beigetragen werden, die Sprachlosigkeit zwischen den Generationen zu überwinden, weil nur so eine wirklich menschliche Gesellschaft gestaltet wird.

Materialien

- Broschüre: Zukunftschancen der älteren Generation
- Handbuch: Für Senioren – Mit Senioren
- Video-Film: Für ein glückliches Leben im Alter

7. Den Frieden in Freiheit erhalten

a) Außen- und Sicherheitspolitik

Die CDU betrachtet das Bündnis mit den westlichen Demokratien in der Atlantischen Allianz und die Europäische Gemeinschaft als das Fundament unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Wir stehen daher fest zum Bündnis der westlichen Welt. Diese Position der CDU hat in der klaren und berechenbaren Außen- und Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl ihre Bestätigung gefunden. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß der Friede wieder sicher ist und die westlichen Verbündeten die Bundesrepublik Deutschland wieder als zuverlässigen und geachteten Partner betrachten.

Das Bündnis hat so zu neuer Geschlossenheit verholten und seine Handlungsfähigkeit gestärkt.

Auf dieser sicheren Grundlage konnte die Politik der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes neu begonnen werden. Zum neuen Ost-West-Dialog hat die Regierung Helmut Kohl wesentlich beigetragen und ihm wichtige Impulse verliehen.

Dies gilt auch für die Europapolitik, in der Helmut Kohl mit hohem persönlichen Einsatz den Stillstand in der europäischen Einigung überwunden hat wie auch für die Kurskorrekturen in der Dritten-Welt-Politik.

Die Grundlagen und Leistungen der Außen- und Sicherheitspolitik der CDU-geführten Bundesregierung wurden in folgenden Maßnahmen und Materialien der Bundesgeschäftsstelle dargestellt:

- Kongreß „Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd? Öffentlicher Dialog zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der

Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“

- Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“
- Broschüre „Frieden und Freiheit sichern – Deutschlands Einheit wahren“
- Broschüre „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“
- Broschüre „Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd?“
- Leporello „Wir geben Europa neuen Schwung“

Im Jahr des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr hat die Bundesgeschäftsstelle verdeutlicht, daß die CDU die einzige große politische Kraft ist, auf die sich der Bürger in Sicherheitsfragen verlassen kann. Die Stärkung und Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr bis weit in die neunziger Jahre sowie die personellen und materiellen Strukturreformen gehören zu den wichtigsten Leistungen der CDU-geführten Regierung. Die Bundeswehr stand im Mittelpunkt folgender Materialien und Veranstaltungen:

- 7. Konrad-Adenauer-Haus Gespräch „Ja zur Freiheit – Nein zur Bundeswehr?“
- Leporello „Unsere Politik für die Soldaten“
- CDU-Extra „30 Jahre Bundeswehr“
- Wandzeitung „Alle reden vom Frieden – unsere Soldaten sichern ihn“
- Flugblatt „Danke Soldaten“
- Flugblatt „30 Jahre Wehrpflicht“

b) Deutschlandpolitik

Für uns christliche Demokraten ist die deutsche Frage offen. Sie ist mit der Erhaltung und der Gestaltung des Friedens in Europa eng verknüpft. Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage. Die Deutschlandpolitik der CDU wird dieser nationalen und europäischen Verantwortung gerecht, die sich aus der offenen deutsche Fragen ergibt.

Mit ihrer Deutschlandpolitik hat die Regierung Helmut Kohl die deutsche Spaltung weniger gefährlich und für uns Deutsche in Ost und West erträglicher gemacht. Die Erfolge dieser Politik sind zusammengefaßt in der

- Dokumentation „Deutschlandpolitische Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl“.

CDU-Veranstaltungen zum Gedenken an den 17. Juni 1953 sowie den 25. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961 wurden durch Materialien mitvorbereitet:

- Musterpresseerklärung, Flugblatt und deutschlandpolitische Leistungsbilanz aus Anlaß des 17. Juni, den Kreisgeschäftsführern übersandt mit

einem Anschreiben des Generalsekretärs der CDU

- Erstellung von Materialien aus Anlaß des 25. Jahrestages des Mauerbaus (Flugblatt, Wandzeitung und UfD-Dokumentation „13. August 1961 – 25 Jahre Berliner Mauer“), den Kreisgeschäftsführern übersandt mit einem Anschreiben des Bundesgeschäftsführers der CDU

c) Auseinandersetzung mit der SPD in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik

In der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik hat die SPD die Gemeinsamkeiten der großen demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag verlassen. Diese Entwicklung ist in Analysen und Dokumentationen der Bundesgeschäftsstelle festgehalten und belegt worden. Zu ihnen zählen:

- Dokumentation: „SPD Außen- und Sicherheitspolitik: Gefahr für Freiheit und Sicherheit unseres Landes“
- Dokumentation „SPD Deutschlandpolitik – gegen die Interessen der Deutschen“

8. Unser Einsatz für die Menschenrechte

Keine Partei setzt sich mehr für die Achtung der Menschenrechte ein als die CDU. Die Aufklärung über Menschenrechtsverletzungen in aller Welt und die Darlegung der CDU-Politik zu den Menschenrechten bildete einen wichtigen Schwerpunkt in der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Mit ihrer Menschenrechtserklärung, die am 9. Dezember 1985 vom Bundesausschuß verabschiedet wurde, verfügt die CDU als erste Partei über ein eigenständiges Dokument, das die verbindliche Grundlage ihrer Menschenrechtspolitik bildet.

Die Notwendigkeit des engagierten Einsatzes für die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit und unabhängig von der Art des politischen Systems kommt in den von der Hauptabteilung Politik vorgelegten Menschenrechtsdokumentationen zum Ausdruck, die vom Generalsekretär der Öffentlichkeit vorgestellt wurden:

- Nicaragua-Report: Wie frei ist Nicaragua?
- Menschenrechte in Afghanistan
- Menschenrechte in Chile

- Menschenrechte in Südafrika
- Menschenrechte in der Sowjetunion.

Besondere publizistische Aufmerksamkeit fand der „Nicaragua-Report: Wie frei ist Nicaragua?“, der im Oktober 1985 die breite Öffentlichkeit über den diktatorischen Charakter des sandinistischen Regimes in Nicaragua informierte.

Auch das Forum „Literatur und Politik in Lateinamerika“, das unter Beteiligung des prominenten peruanischen Schriftstellers Mario Vargas Llosa stattfand, stellte die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt des Interesses.

Die Menschenrechtsdokumentationen der CDU haben mittlerweile eine Auflage von über 20.000 Exemplaren erreicht.

Das CDU-Aktionshandbuch: „Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt“ wurde entwickelt, um die Menschenrechtsaktion erfolgreich in der Partei umzusetzen.

II. Parteigremien

1. Präsidium

Das Präsidium trat während seiner Amtszeit ab dem 33. Bundesparteitag (19.-22.03.1985 in Essen) zu 22 Sitzungen zusammen.

Es befaßte sich während des Berichtszeitraumes schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Analyse der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen (12.05.1985)
- Kommunalwahlen von Schleswig-Holstein (02.03.1986)
- Landtagswahl von Niedersachsen (15.08.1986)
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Beschäftigungsoffensive/Beschäftigungsförderungsgesetz
- Meinungsaustausch mit Vertretern der Arbeitgeber und des DGB über Grundfragen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Wirtschaftswachstum
- Stabilitätspolitik
- Sicherung der Renten
- Hinterbliebenenreform
- Kostendämpfung im Gesundheitswesen
- Novellierung des § 116 AFG

- Agrarpolitisches Konzept der CDU/CSU
- § 218
- Änderung des § 200 f. RVO
- Wehrpflichtverlängerung/Zivildienstverlängerung
- Hochschulrahmengesetz
- Medienpolitik
- Tarifgestaltung im Öffentlichen Dienst
- Umweltschutz
- Ausländerrecht
- Asylantenfrage
- Bekämpfung des Terrorismus
- Bundesbaugesetz
- Programm zur verstärkten Förderung der Spitzenforschung
- Entwicklung in der Außen- und Sicherheitspolitik
- Europapolitik
- Deutsch-Französische Zusammenarbeit
- Entwicklung in der EG
- Weichenstellung in der Agrarpolitik
- Deutsche Beteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm für Weltraumforschung (SDI)
- Vorbereitung Bundestagswahlkampf 1987
- Wahlrecht für Deutsche im Ausland
- Wahlprogramm der CDU/CSU

2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 14 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen siehe Präsidium.

Außerdem:

- Halbzeitbilanz der Bundesregierung
- Verabschiedung der medienpolitischen Grundsätze der CDU/CSU
- Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Bundesrepublik Deutschland

- Verhalten der IG Metall im niedersächsischen Landtagswahlkampf
- Verhältnis der Linken zur Gewalt
- Kernenergiepolitik/Reaktorunfall von Tschernobyl
- Verabschiedung des Etats 1986 der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Organklage der Grünen zur Parteienfinanzierung und zur Stiftungsfinanzierung

3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen:

09.12.1985

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1987

- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger über die Arbeit der Fraktion
- Verabschiedung einer Resolution zur Frage der Menschenrechte
- Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Walter Wallmann über die rot-grüne Koalition in Hessen
- Genehmigung von Satzungsänderungen der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU

- Nominierung der CDU-Delegierten zum EVP-Kongreß 1986

05.09.1986

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Wahl der Mandatsprüfungskommission für den 34. Bundesparteitag

- Beratung und Verabschiedung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 1987 (Einführung: Generalsekretär Dr. Heiner Geißler)
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger über die Arbeit der Fraktion

4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum unter der Leitung von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski zu 14 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktt Themen:

- Vorbereitung des 34. Bundesparteitags in Mainz
- Vorbereitung und Analyse der Landtagswahlkämpfe von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und des Kommunalwahlkampfes von Schleswig-Holstein
- Auseinandersetzung mit den Grünen
- Verteilkonzept Wochenzeitung
- Materialien zur politischen Argumentation
- Offensive '87

- 40 Jahre CDU
- Seniorenarbeit
- Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1987:
 - Wahlkampf-Werbung
 - Analyse des Wahlverhaltens
 - Wahlkampf-Strategie
 - Kandidatenservice
 - Regionalkonferenzen
 - Zielgruppenveranstaltungen
 - Kanzler-Wahlkampfeinsätze
 - Bundesrednereinsatz
 - Wahlrecht für Deutsche im Ausland
- Fragen der Parteiarbeit
 - u.a. Rechenschaftsbericht, Aufgaben der hauptamtlichen Mitarbeiter

5. Bundesfachausschüsse

5.01 Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Minister Kurt Böckmann MdL
Stellvertreter: Rolf Klein †
Dr. Karl Miltner MdB

Der Fachausschuß hat fünf Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Bekämpfung der Umweltkriminalität
- Beitrag des Öffentlichen Dienstes zum Abbau der Arbeitslosigkeit
- Asylrecht
- Begleitgesetze zum Datenschutz und zum inneren Frieden

Der Fachausschuß faßte folgenden Beschluß:

- Thesen zur Bekämpfung der Umweltkriminalität

Der Fachausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu folgenden Themen:

- Vorschläge zum Bundestagswahlkampf

Unterausschüsse:

- Arbeitsgruppe Innere Sicherheit
Diese Arbeitsgruppe koordiniert zusätzlich die Arbeit der Polizeiarbeitskreise in den CDU-Landesverbänden.
- Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst
- Arbeitsgruppe Kommunalpolitik

5.02 Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB
Stellvertreter: Dieter Graf Landsberg-Velen
Manfred Freiherr von Richthofen

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Neufassung des Sportprogramms der CDU
- Förderung des Leistungssports
- Sport und Steuern

- Sport und Umwelt
- Sport und Frieden
- Sport und Recht
- Sport und Gesundheit
- Sport und Entwicklungshilfe
- Novellierung der Approbationsordnung
- Errichtung eines Deutschen Sportmuseums
- Deutsch/deutscher Sportverkehr

Der Fachausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- "Sport und Frieden"
- "Verbesserung der steuerlichen Behandlung des Sports"

Der Fachausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu den Themen:

- 2. Aktionsprogramm für den Schulsport
- Sport und Steuern
- Sport und Umwelt

Unterausschüsse:

- AK Leistungssport
- Ad-hoc-Gruppe 'Programmkommission'
- AG Sport und Recht (BACDJ)

Gespräche mit Verbänden

DSB-Gespräch mit sachverständigen Mitgliedern des BFA Sport über „Sport und Umwelt“

Gespräch mit Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann und Spitzensportlern (AK Leistungssport) über Fragen der Leistungssportförderung

Präsidiumsgespräch mit dem DSB

Gespräch des Generalsekretärs der CDU, Dr. Heiner Geißler, mit dem Präsidenten des DSB und den Vorsitzenden des BFA Sport

5.03 Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Dr. Peter Bendixen MdL

Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Anton Pfeifer
MdB
Dr. Gerhard Rödding MdL

Der Fachausschuß hat vier Sitzungen durchgeführt. Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Ordnung des Sonderschulwesens
- Auswirkungen des verlängerten Grundwehrdienstes auf Schule und Hochschule
- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes
- 10. BAföG-Novelle
- Frauen in Forschung und Lehre
- Gesamtschulpolitik der SPD
- Entwicklung des Lehrstellenangebotes

- Auswirkungen von EG-Beschlüssen auf die Kulturpolitik der Länder
- Kunst und Kultur
- Auswirkungen neuer Techniken auf Schule und Berufsbildung

Der Ausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsbildungsreife
- Zur Ordnung des Sonderschulwesens
- Frauen in Forschung und Lehre

Der Ausschuß veröffentlichte eine Erklärung zur Friedenserziehung in der Schule.

Mit folgenden Verbänden wurden Gespräche geführt:

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiter Deutschlands, Bundesverband Deutscher Privatschulen, Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Philologenverband, Verband Deutscher Realschullehrer.

5.04 Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzende: Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld
MdL

Stellvertreter: Gert Hammer

Hans-Georg Warken (bis Januar 1986)

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Durchführung des gesetzlichen Jugendschutzes in den Ländern
- Die Situation im Zivildienst nach der Neuregelung
- Perspektiven der internationalen Jugendarbeit
- XII. Weltjugendfestspiele in Moskau
- Förderung von Selbsthilfegruppen
- Abbau der Jugendarbeitslosigkeit - Möglichkeiten nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz
- Fragen des innerdeutschen Jugendaustauschs

Der Ausschuß verabschiedete folgende Beschlüsse:

- Mit der Jugend Politik gestalten
- Initiative für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung

Stellungnahmen und Presseerklärungen erfolgten zu folgenden Themen und Anlässen:

- Zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes
- Selbsthilfegruppen von Jugendlichen fördern
- Weiterbildungsbereitschaft Jugendlicher stärken
- Zum 25. Jahrestag zur Einführung des Zivildienstes
- Zum Gespräch zwischen dem BFA-Jugendpolitik und dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Evang. Jugend
- Zum Gespräch mit dem Vorstand des Deutschen Bundesjugendringes

- Zum Gespräch mit dem Vorstand der Stiftung DIE MITARBEIT
- Zu einer „Kinder-Studie“ der Ärzte gegen Atomtod
- Zum Benachteiligten-Programm der Bundesregierung

5.05 Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzender: Dr. Jürgen Westphal

Stellvertreter: Peter Jungen
Senator Elmar Pieroth MdA

Unterausschuß „Forschungs- und Technologiepolitik“

Vorsitzender: Christian Lenzer MdB

Unterausschuß „Innovationspolitik“

Vorsitzender: Senator Elmar Pieroth MdA

Unterausschuß „Subventionen“

Vorsitzender: Matthias Wissmann MdB

Unterausschuß „Steuerpolitik“

Vorsitzender: Dr. Jürgen Westphal

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Themenschwerpunkte und Beschlüsse

- Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt
- Osthandel
- Fusionskontrolle
- Steuerpolitisches Konzept
- Beschluß zum Mittelstand
- Beschluß zum Subventionsabbau
- Leitlinien zur Forschungs- und Technologiepolitik

5.06 Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Hans Peter Schmitz MdB

Stellvertreter: Karl Eigen MdB
Gerhard Kneib MdL

Der Fachausschuß hat drei Sitzungen durchgeführt.

Ein Ad-hoc-Arbeitskreis unter Leitung von Staatssekretär Hanns Günther Hebbeln erarbeitete in sechs Sitzungen die Vorlage für ein Agrarprogramm der CDU und CSU.

5.07 Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB

Stellvertreter: Ingrid Roitzsch MdB
Heinz Soënius MdL

Der Fachausschuß hat fünf Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt

- Neue Heimat
- Abbau der Mischfinanzierung
- Wohnrechtsverfahren
- Wohngeldnovelle
- Wohnungseigentumsgesetz
- Baugesetzbuch

Ferner wurde eine Dokumentation zur „Neuen Heimat“ vorgelegt.

5.08 Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB

Stellvertreter: Dr. Günter Becker
Gerhard O. Pfeffermann MdB

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Zu folgenden Themenbereichen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Konzept der Luftverkehrspolitik
- Ordnungspolitische Leitlinien der Verkehrspolitik
- Schifffahrt und Häfen
- Deutsche Bundesbahn – Zukunftsperspektiven
- CDU-Leitsätze zum öffentlichen Personennahverkehr

Der Bundesfachausschuß führte eine Außentagung in Bremen/Bremerhaven zur Information über die Lage der deutschen Seehäfen und Schiffbauunternehmen durch.

5.09 Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender: Ludwig Gerstein MdB

Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler MdHB
Dr. Lutz G. Stavenhagen MdB

Der Fachausschuß hat vier Sitzungen durchgeführt.

Themenschwerpunkte

- Umweltfreundliche Energieversorgung der Zukunft
- Energiepolitik in NRW
- Energiepolitische Leitlinien der CDU

Der Bundesfachausschuß führte eine Sachverständigenanhörung zu den Folgen des Reaktorunglücks in Tschernobyl für die Energiepolitik durch.

5.10 Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Senator Dr. Volker Hassemer MdA

Stellvertreter: Dr. Reinhard Göhner MdB
Minister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Der Bundesfachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Themenschwerpunkte und Beschlüsse

- Umweltschutz in der EG
- Chemie und Umwelt
- Abfallbeseitigung und Altlastenproblem
- Beschluß zum Thema Landwirtschaft und Umwelt
- Beschluß zum Thema Abfallbeseitigung
- Beschluß zum Thema Umweltschutz und Beschäftigung

Arbeitsgruppen

AG „Abfallwirtschaft“

Vorsitzender: Peter Schuler MdL

AG „Bodenschutz“

Vorsitzender: Dr. Reinhard Göhner MdB

AG „Umweltpolitik in Europa“

Vorsitzender: Dr. Reinhard Klein

AG „Gefahrenstoffe in der Umwelt“

Vorsitzender: Dr. Mehrkamp von Enden

Zur konzeptionellen Vorbereitung des Kongresses „Umweltschutz in Europa“ wurden Gespräche mit dem BDI-Arbeitskreis „Umweltschutz“ und dem Deutschen Naturschutzring geführt.

5.11 Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender: Senator Ulf Fink MdA

Stellvertreter: Staatssekretär a.D. Kurt Härzschel
Roswitha Verhülsdonk MdB

Arbeitsgruppe „Frauenpolitik“

Vorsitzende: Staatssekretärin Dr. Maria Herr-Beck

Arbeitsgruppe „Kommunale Sozialpolitik“

Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Eberhard Müller-Steineck

Arbeitsgruppe „Flankierende Arbeitsmarktpolitik“

Vorsitzender: Prof. Dr. Rudolf Schimana

Arbeitsgruppe „Ehrenamtliche Dienste“

Vorsitzender: Hans Herbst

Ad-hoc-Kommission „Absicherung der Pflegebedürftigkeit“

Vorsitzender: Thomas Ruf

Der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ hat sieben Sitzungen durchgeführt. Die Arbeitsgruppen haben insgesamt siebzehn Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Beratungen:

- Aktuelle und grundsätzliche Fragen der Rentenpolitik

- Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Alter
- Verschämte Armut im Alter
- Bessere Nutzung des Erfahrungswissens der älteren Generation für die Gesellschaft
- Novellierung des Schwerbehindertengesetzes
- Problembereiche des Bundessozialhilfegesetzes
- Kommunale Stellen für Frauenfragen
- Probleme von Frauen bei der Unternehmensgründung und Unternehmensleitung
- Förderung ehrenamtlicher Dienste und Selbsthilfegruppen.

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit Vertretern des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und dem Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Sozialdezernenten und Vertretern des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge über Fragen des Bundessozialhilfegesetzes, kommunalen Frauenbeauftragten, Selbständigen Frauen und Vertretern von Verbänden über die Probleme von Frauen als Unternehmerinnen.

Presseerklärungen und Empfehlungen des Bundesfachausschusses Sozialpolitik:

- Presseerklärungen zu aktuellen rentenpolitischen Fragen, zur verschämten Armut im Alter, zu einer humanen Politik für die ältere Generation
- Presseerklärungen zu Fragen der Absicherung der Pflegebedürftigkeit im Alter
- Presseerklärungen zu sozialpolitischen Vorschlägen der SPD
- Empfehlungen zur Konsolidierung der Sozialhilfe
- Leitfaden zur Errichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen
- Empfehlungen zur Förderung ehrenamtlicher sozialer Dienste
- Analyse: Frauen als Unternehmerinnen.

5.12 Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzende: Prof.Dr. Rita Süßmuth (bis 7.11.1985)
Rita Waschbüsch MdL (ab 7.11.1985)

Stellvertreter: Rita Waschbüsch MdL (bis 7.11.1985)
Roswitha Erlenwein MdBB (ab 7.11.1985)
Norbert Schlottmann MdB

Der Fachausschuß hat sieben Sitzungen durchgeführt. Im Rahmen der Sitzung vom 11. Juli 1986 fanden drei Anhörungen über die Weiterentwicklung der in dieser Legislaturperiode begonnenen neuen Familienpolitik statt. Angehört wurden Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. sowie der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses:

- Familienlastenausgleich
- Bundeserziehungsgeldgesetz
- Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung
- Essener Leitsätze
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- soziale Absicherung der Familientätigkeit
- Perspektiven für die Familienpolitik.

Der Fachausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu den Themen:

- Bundeserziehungsgeldgesetz
- Perspektivpapier zur Familienpolitik
- familiengerechte Besteuerung
- Erhöhung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien.

5.13 Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Staatssekretär Albrecht Hasinger
Stellvertreter: Dr. Hanna Neumeister MdB
Minister Rudi Geil MdL

Der Fachausschuß hat drei Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Grundsätze in der Gesundheitspolitik
- Prävention
- Kooperation zwischen ambulanter und stationärer Versorgung
- Gentechnologie

5.14 Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik

Vorsitzender: Volker Rühle MdB
Stellvertreter: Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Elmar Brok MdEP

Der Fachausschuß hat acht Sitzungen durchgeführt; die Arbeitsgemeinschaft Europapolitik führte eine Sitzung durch.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Genfer Verhandlungen – europäische Sicherheitspolitik
- Die Sowjetunion und ihr europäisches Bündnisssystem
- Außenpolitik als Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung
- Die Europäische Gemeinschaft vor und nach dem Luxemburger Gipfel
- Das Europäisierungskonzept der SPD
- Abrüstungsvorschläge der beiden Weltmächte
- Amerikanische Deutschlandpolitik
- Aktueller Stand der Deutschlandpolitik

5.15 Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender: Karl Lamers MdB
Stellvertreter: PStS Dr. Volkmar Köhler MdB
Prof. Dr. Klaus Simon

Der Fachausschuß hat acht Sitzungen durchgeführt; die Arbeitsgruppen haben fünf Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Entwicklungszusammenarbeit mit China
- Situation in Brasilien
- Weltfrauenkonferenz
- Welttextilabkommen
- Dritte-Welt-Politische Konzeption der CDU

Der Bundesfachausschuß verabschiedete einen Beschluß zum Thema „Entwicklung und Rüstung“.

5.16 Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Markus Berger MdB
Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB
Dr. Paul Wilhelm Kolb

Der Fachausschuß führte sechs Sitzungen durch.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Reservistenkonzept
- Zivilschutznovelle
- Universitäten der Bundeswehr
- Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow
- Strategische Verteidigungsinitiative
- Europäische Verteidigungsinitiative

Der Fachausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Beschluß zum „Zivilschutzgesetz“
- Beschluß zur „Strategischen Verteidigungsinitiative“
- Beschluß „Abrüstung mit Sicherheit“
- Beschluß „Zu den jüngsten westlichen und sowjetischen Abrüstungsvorschlägen“
- Beschluß „Die Zeit ist reif für Vereinbarungen über eine konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa“

5.17 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

Vorsitzender: Minister Dr. Heinz Eyrich MdL
Stellvertreter: Herbert Helmrich MdB
Senator Prof. Dr. Rupert Scholz MdA
Minister Dr. Henning Schwarz MdL
Minister a.D. Dr. h.c. Otto Theisen

Vorstand und Koordinierungsausschuß haben zehn Sitzungen durchgeführt, an denen auch die Justizmi-

nister der CDU-geführten Bundesländer sowie als ständiger Gast der Vorsitzende des Arbeitskreises Juristen der CSU teilnahmen.

Fachkommissionen bestehen zu folgenden Themen:

- Biotechnologie und Recht
- Ehe- und Familienrecht
- Fortschreibung des Rechts- und Justizpolitischen Programms der CDU
- Gesprächskreis Recht und Technik
- Kartellrecht
- Kriminalpolitik
- Sport und Recht
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik

Beschlüsse / Stellungnahmen

- Verabschiedung des fortgeschriebenen Rechts- und Justizpolitischen Programms der CDU

6. Kommissionen

6.1 Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“

Am 12. September 1985 konstituierte sich die vom Präsidium der Christlich Demokratischen Union eingesetzte und von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler berufene Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“ unter Vorsitz von Dr. Bernhard Worms. Mitglieder der Kommission waren Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Der Auftrag der Kommission ergab sich aus den Stuttgarter Leitsätzen. Darin heißt es: „Wir müssen den technischen Fortschritt nicht nur als politische und wissenschaftliche, sondern auch als ethische Herausforderung begreifen. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die uns glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert.“

Die Kommission erarbeitete in drei Sitzungen und einer zweitägigen Klausurtagung den Entwurf einer Grundsatzerklärung mit der Überschrift „Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen“, die von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und dem Vorsitzenden der Kommission, Dr. Bernhard Worms, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die CDU nimmt darin Stellung zu den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die sich aus dem schnellen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ergeben und beschreibt ihre ethischen Prinzipien im Umgang mit Wissenschaft und Technik. Im einzelnen werden die Themenbereiche Gentechnologie, neue Technologien und Arbeitsplätze, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Datentechnologie behandelt.

- Leitsätze zu rechtsethischen und rechtspolitischen Fragen der Fortpflanzungsmedizin
- Leitsätze zur Rechtspolitik „Menschenwürdiges Leben – Jugend, Arbeit, Alter“
- Leitsätze zur Stellung des Sachverständigen im Prozeß
- 20 Thesen zur Kriminalpolitik
- Stellungnahmen zu den Themen „Sicherung des Wettbewerbs“ und „Nachfragemacht des Handels“
- Sachverständigenanhörung zu Fragen der Fortpflanzungsmedizin
- Sachverständigenanhörung zur Genomanalyse

Kongreß

4. Rechtspolitischer Kongreß von CDU und CSU am 24./25. Januar 1986 in Karlsruhe zum Thema „Recht sichert die Freiheit – Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“

6.2 Rentenkommission

In seiner Sitzung am 13./14.10.1985 setzte der Bundesvorstand eine Rentenkommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler ein, der folgende Mitglieder angehörten: Dr. Albrecht, Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Blüm, Ulf Fink, Dr. Stoltenberg, Frau Verhülndonk sowie Peter Radunski mit beratender Stimme.

Aufgabe der Rentenkommission war es, auf der Basis des im Bundesvorstand ausführlich diskutierten Berichts der „Zukunftskommission Soziale Sicherung“ Grundsätze für eine grundlegende Strukturreform der Rentenversicherung in der nächsten Legislaturperiode zu erarbeiten. Die Rentenkommission hat in zwei Sitzungen einen Vorschlag erarbeitet, der auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 26./27.01.1986 beraten und verabschiedet wurde. Diese vom Bundesvorstand gebilligte Konzeption der Rentenkommission wurde Bestandteil des Wahlprogramms von CDU und CSU.

6.3 Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Im Mittelpunkt der Arbeit des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU stand in der Zeit von März 1985 bis August 1986:

- Die Medienpolitik des Bundes als flankierende Maßnahme bei der Länderkoordinierung zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die europäische Medienpolitik unter dem Aspekt der Internationalisierung der Rundfunkentwick-

lung (Rundfunk-Satelliten – free flow of information).

- Erörterung von Fragen der journalistischen Nachwuchsförderung.
- Beratung und Verabschiedung der „Frankfurter Erklärung“ vom 18. Oktober 1985 zur aktuellen Medienlage unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfs für einen Rundfunkstaatsvertrag.
- Der zum sechsten Mal anlässlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin mit Politikern und Rundfunkjournalisten veranstaltete „CDU-Medientreffpunkt Berlin“.
- Vorbereitung und Durchführung des 11. CDU/CSU-Filmgesprächs 1986 in München sowie Vorlage eines Situationsberichts zum deutschen Film.
- Inhaltliche Gestaltung und Organisation der Informationstagung „Journalistische Nachwuchsförderung“ am 15./16. April 1986 in Bonn.
- Erörterung und Verabschiedung der „Medienpolitischen Grundsätze der CDU/CSU“.
- Koordinierung der Aktivitäten der CDU/CSU-Rundfunkgremienmitglieder.

7. Bundesparteigericht

Im Berichtszeitraum (31. März 1985 bis 31. August 1986) trat das Bundesparteigericht zu 8 Sitzungen zusammen.

A. Parteigerichtsverfahren

Anhängige Parteigerichtsverfahren im Berichtszeitraum: 27
Erledigte Verfahren: 20
Zur Zeit noch anhängige Parteigerichtsverfahren: 7

Die 27 anhängigen Parteigerichtsverfahren gliederten sich auf in:

- 7 Ausschlußverfahren,
- 10 Wahlanfechtungen, davon 3 bei Kandidatenaufstellungen,
- 1 Rehabilitationsverfahren
- 1 Ordnungsverfahren,
- 1 Einstweilige Anordnung,
- 1 Ermächtigung zur Einberufung einer Hauptversammlung,
- 1 Verfahren wegen angeblicher Untätigkeit eines Landesparteigerichts,
- 5 Streitigkeiten aus der Jungen Union.

Die 20 erledigten Parteigerichtsverfahren sind wie folgt ausgegangen:

- 4 Aufhebungen der angefochtenen Beschwerden,

6.4 Wahlprogramm - Kommission

Zur Vorbereitung des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 setzte der CDU-Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 25.11.1985 eine Kommission unter Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler ein, der folgende Mitglieder angehörten: Dr. Albrecht, Dr. Blüm, Dr. Dregger, Frau Dr. Laurien, Lothar Späth, Dr. Stoltenberg; Dr. Schäuble und Peter Radunski gehörten der Kommission als beratende Mitglieder an.

In insgesamt vier Sitzungen erarbeitete die Kommission den Entwurf für ein Wahlprogramm, der die Grundlage für die Beratungen mit der CSU war.

Der Bundesvorstand verabschiedete am 28.08.1986 nach eingehender Beratung den Entwurf für das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 und leitete ihn an den Bundesausschuß zur Beschlußfassung. Der Bundesausschuß verabschiedete am 05.09.1986 den Entwurf des Wahlprogramms mit zwei Ergänzungen und beauftragte gleichzeitig den Bundesvorstand, die endgültige Fassung des gemeinsamen Wahlprogramms nach weiteren Gesprächen und Beratungen mit der CSU zu verabschieden.

- 2 Aufhebungen der angefochtenen Beschwerden und Zurückverweisungen an die Vorinstanzen,
- 4 Zurückweisungen der Rechtsbeschwerde,
- 1 Vorbescheid,
- 1 Rücknahme der Rechtsbeschwerde und Einstellung,
- 1 Vergleich,
- 7 Einstellungsbeschlüsse.

B. Jubiläumsveranstaltung

Im Jahre 1985 bestand das Bundesparteigericht 25 Jahre. Am 26. November 1985 fand in Bonn eine Festveranstaltung statt, zu der alle Vorsitzenden der Landes- und der Kreisparteigerichte und derer Geschäftsführer eingeladen worden waren. An den Festvortrag von Prof. Dr. Löwisch (Freiburg /Brsg.) zum Thema „Der Ausschluß aus politischen Parteien – Eine Studie anhand der Rechtsprechung des Bundesparteigerichts der CDU“ schloß sich ein Erfahrungsaustausch an.

Aus Anlaß des Jubiläums hat die Bundesgeschäftsstelle die Broschüre „25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960 – 1985“ herausgebracht. Diese Broschüre wurde auch allen Juristischen Fakultäten, der juristischen Fachpresse und den wissenschaftlichen Autoren, die sich mit dem Parteienrecht beschäftigen, zur Verfügung gestellt.

III. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen

In der Zeit vom 25.2.1985 bis 10.5.1985 wurden von 63 Bundesrednern an 183 Einsatztagen 365 Veranstaltungen durchgeführt. Davon entfallen auf 11 CSU-Redner 65 Veranstaltungen an 33 Einsatztagen.

Über die Planungsgruppe Organisation wurden für 22 Bundesredner insgesamt 42.000 Bildplakate angefordert.

Im Rahmen der Fahrer- und Tonbuseinsätze wurden bei 114 Veranstaltungen Beschallungsmaßnahmen durchgeführt, davon 18 Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Schon im Vorfeld des Landtagswahlkampfes von Nordrhein-Westfalen wurden in speziellen Veröffentlichungen die politischen Erfolge der Regierung

Helmut Kohl besonders herausgestellt. Dazu gehörte vor allem eine Serie von drei Flugblättern mit folgenden Themen:

- Die Luft wird sauberer
- Die Renten sind sicher
- Der Aufschwung läuft

Speziell für Nordrhein-Westfalen wurden diese Flugblätter mit Einklinkern versehen, die die guten Ergebnisse der Regierung Helmut Kohl im Bund mit dem Versagen von Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen konfrontierten.

Der Wahlkampf wurde darüber hinaus durch die Schaltung von vier Anzeigen unterstützt.

Landtagswahlkampf Niedersachsen

Im Zeitraum vom 12.2.1986 bis zum 13.6.1986 fanden an 159 Einsatztagen 302 Veranstaltungen statt, die von 42 Bundesrednern durchgeführt wurden. Davon wurden 38 Wahlkampfeinsätze von 6 CSU-Rednern an 19 Einsatztagen wahrgenommen.

Über die Planungsgruppe Organisation wurden für 22 Bundesredner insgesamt 18.100 Bildplakate bestellt.

Beschallungsmaßnahmen wurden bei 146 Veranstaltungen (davon 8 Veranstaltungen des Parteivorsitzenden) erforderlich.

Zu den Wahlkampfveranstaltungen wurden insgesamt 68 Tonbusse und transportable Tonanlagen eingesetzt. Ebenfalls fielen die Vorbereitungen für Bühnengestaltung, Tourenplanung und Fernmeldewesen in den organisatorischen Aufgabenbereich.

Im Rahmen des Fahrereinsatzes wurden im Berichtszeitraum 1.436 mal Pkw's eingesetzt. Hierbei ergab sich eine Fahrleistung von insgesamt 401.445 km. Die Tonbusse legten bei 321 Einsätzen 103.694 km zurück.

Unter dem Motto: „Vertrauen in die Zukunft – Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland“ verdeutlichte die CDU-Bundesgeschäftsstelle mit einer Vielzahl von Informationsmaterialien (Broschüren, Flugblätter und Argumentationsunterlagen) die Leistungen der Regierung Helmut Kohl.

An den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes wurde eine aktuelle Zeitung erstellt, die jeweils in

rund 2,8 Millionen Exemplaren durch eine landesweite, flächendeckende Verteilerorganisation aus rund 10.000 CDU-Mitgliedern in mehr als 80% der niedersächsischen Haushaltungen verteilt wurde.

„Niedersachsen am Wochenende“ war eine flott gemachte, 16 Seiten umfassende Zeitung: eine bunte

Öffentliche Kundgebungen

Datum	Veranstaltungsort	Zuhörer
20.04.86	Hannover Eilenriedehalle	2.500
29.05.86	Leer Denkmalplatz	8.000
29.05.86	Nordhorn Theaterplatz	3.000
06.06.86	Stade „Im Sande“	3.000
06.06.86	Lüneburg Marktplatz	3.000
10.06.86	Hameln Rathausplatz	2.000
10.06.86	Goslar Marktplatz	5.000
11.06.86	Wilhelmshaven Rathausplatz	4.000

Mischung aus Sport und Unterhaltung, Politik und Wirtschaft, Informationen über Niedersachsen, Deutschland und die Welt. Das Fernsehprogramm für die Folgewoche fehlte natürlich nicht, und auch Rätselfreunde kamen auf ihre Kosten. Die Zeitung half mit, die erfolgreiche Politik von Helmut Kohl und Ernst Albrecht den niedersächsischen Wählern

zu verdeutlichen. Die Zeitung wurde gemeinsam von der Bundespartei und der CDU in Niedersachsen herausgegeben. Ihre Verteilung erbrachte wertvolle Erfahrungen für das Vorhaben der Zeitung „Deutschland am Wochenende“, die an den drei Wochenenden vor der Bundestagswahl im Januar 1987 verteilt werden soll.

IV. Die Bundesgeschäftsstelle

1. Personal/Verwaltung

Die erhöhten Anforderungen an die Bundesgeschäftsstelle, verursacht vor allem

im Bereich	durch
Verwaltung	extensive Steuerprüfungen, wesentlich ausgeweitete Rechenschaftspflicht und die praktische Umsetzung des Parteiengesetzes
Politik	die Aktivitäten der Bundesfachausschüsse, Kommissionen und Organe, Vorbereitungen von Kongressen und Fachgesprächen, Dokumentationen und Flugblätter, durch den Aufbau der Textbibliothek und die Hilfestellung für wahlkampfführende Verbände
Öffentlichkeitsarbeit	massive Hilfestellung bei Landtagswahlkämpfen, durch Einführung des Bildschirmtext-Service und die Verbesserung der Publikationsorgane
Organisation	Auf- und Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes, Ausweitung der Aufgaben im Bereich Veranstaltungen und Bundesredner, Hilfestellung bei Wahlkämpfen, konnten zu einem kleinen Teil durch Rationalisierungen aufgefangen werden. In den meisten Fällen mußten jedoch – schon um unzumutbare Überstunden bei den „Stamm-Mitarbeitern“ zu vermeiden – Zeitarbeitskräfte eingestellt werden.

Im Zusammenhang mit Landtagswahlkämpfen haben wir 53 Kräfte (= 208 Mann/Monate) beschäftigt; im gegenwärtig laufenden Bundestagswahlkampf sind es voraussichtlich 119 Kräfte (= 824 Mann/Monate).

Die **Organisationsstruktur** der Bundesgeschäftsstelle hat sich nicht verändert: Der Stabsebene (mit den Leitungsbüros, dem Justitiar, der Pressestelle und dem Büro für Auswärtige Beziehungen) sind vier Hauptabteilungen untergeordnet.

Die Bundesgeschäftsstelle hat im Berichtszeitraum für die Landes- und Kreisverbände **Aus- und Weiterbildungsstagnungen** durchgeführt. An den 3 Veranstaltungen nahmen 57 Teilnehmer, vorwiegend jüngere Kreisgeschäftsführer, teil.

Ein elektronisches **Datensystem**, das in den letzten Jahren ausgebaut werden konnte, liefert wesentliche Entscheidungshilfen bei politisch relevanten **Personal- und Organisationsentscheidungen**.

Da die Bundespartei inzwischen eine deutliche Mehrheit der Anteile an der **Kommanditgesellschaft** „Konrad-Adenauer-Haus“ besitzt, ist die Verwaltung des Hauses weitestgehend auf die Bundesgeschäftsstelle übergegangen. Die Vermietung von Sälen und Sitzungsräumen obliegt seit einiger Zeit der Hauptabteilung Organisation; die Bewirtschaftung erfolgt durch eine Gesellschaft, deren Anteile die Bundesgeschäftsstelle vollständig hält. Die Konzentration dieser Aufgaben auf die Bundesgeschäftsstelle brachte eine deutliche Arbeitsmehrbelastung mit sich.

1.1 Parteifinanzierung

Rechenschaftslegung nach dem neuen Parteienfinanzierungsrecht

Die am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Gesetze zur Änderung der Parteienfinanzierung bedeuteten für die Parteiarbeit auf allen Ebenen wichtige Neuerungen. Vor allem die Rechenschaftslegung ist betroffen, denn zum ersten Mal mußten im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1984 nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben und das Vermögen der Partei offengelegt werden. Ferner war erstmalig über die Wahlkampfkosten gesondert Rechenschaft zu legen.

Bei der Zusammenstellung des Zahlenwerkes der Parteigliederungen für 1984 haben sich die mit den Landes- und Kreisverbänden erarbeiteten Organisationshilfen wie Kontenrahmen, Leitfaden für die Rechenschaftslegung und das Abrechnungsbuch für die Ortsverbände bewährt. Die dabei gesammelten Erfahrungen haben die Erstellung des Rechenschaftsberichtes für das Jahr 1985 sehr erleichtert.

In diesem Zusammenhang ist auf die hervorragende Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden hinzuweisen. Für ihre Kooperationsbereitschaft dankt die Bundesgeschäftsstelle.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 zum „Parteienfinanzierungsgesetz“

Das Bundesverfassungsgericht hatte über eine Organklage der Partei „Die Grünen“ und eine Verfassungsbeschwerde eines einzelnen Bürgers zu entscheiden. Das Urteil wurde am 14. Juli 1986 verkündet.

Zusammengefaßt stellt es sich wie folgt dar:

- Das „Parteienfinanzierungsgesetz“ vom 22.12.1983 hat Zuwendungen an politischen Parteien (Mitgliedsbeiträge und Spenden) als Ausgaben für staatspolitische Zwecke für steuerlich förderungswürdig erklärt. Dieses grundlegend neue Prinzip des Parteienspenden-Steuerrecht ist vom BVerfG anerkannt worden; es ist also eindeutig verfassungskonform.
- Das BVerfG hat die von ihm in seinen früheren Urteilen aufgestellten verfassungsrechtlichen Prinzipien zur Parteienfinanzierung noch einmal bestätigt.
- Das BVerfG hat die steuerliche Anerkennung von Zuwendungen an politische Parteien auf DM 100.000,- (im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten: DM 200.000,-!) nach oben begrenzt.
- Das BVerfG hat den Chancenausgleich als verfassungskonform bestätigt.
- Ausdrücklich anerkannt wurde vom BVerfG in diesem Zusammenhang auch, daß das Gesetz vom 22.12.1983 mit seinen verschiedenen Einzelbestimmungen ein in sich geschlossenes System der Parteienfinanzierung bildet.
- Die Regelungen der Wahlkampfkostenerstattung (Bundestags- und Europawahl) wurden noch ein-

mal grundsätzlich anerkannt und die durch das Gesetz vom 22.12.1983 auf DM 5,- erhöhte Pauschale als verfassungskonform akzeptiert.

- Nach Auffassung des BVerfG ist es grundsätzlich möglich, daß die Steuerfreiheit für Zuwendungen an politische Parteien zusätzlich zu den Sonderausgaben für mildtätige/gemeinnützige Spenden gewährt wird. Hierzu bedarf es einer Konkretisierung durch den Gesetzgeber.
- Zum BFH-Gutachten von 1952 hat das BVerfG nichts gesagt; es bleibt damit unverändert in Kraft – was bedeutet, daß Verbände wie bisher Zuwendungen an politische Parteien leisten können.
- Auch juristische Personen können in Zukunft bis zu DM 100.000,- p.a. an politische Parteien spenden.
- Für die bis zum 14.07.1986 den Parteien zugewendeten Spenden ist von der Finanzverwaltung eine bergangsregelung zu treffen, durch die – wie das BVerfG sagt – verhindert werden soll, daß ein rechtliches Vakuum entsteht und bei den betroffenen Steuerpflichtigen wie bei den Behörden Unsicherheit über die Rechtslage herrscht.

Es ist davon auszugehen, daß wegen des gebotenen Vertrauensschutzes alle bisherigen Spenden, die über DM 100.000,- hinausgehen, steuerlich so behandelt werden, wie es das Gesetz ursprünglich vorgesehen hatte.

Die Funktionsträger der Partei sind über das Urteil unverzüglich durch UNION in DEUTSCHLAND (UiD) informiert worden. Die Spender erhalten von der geänderten Rechtslage Kenntnis durch ein Informationsblatt, das den Spendenquittungen beigelegt wird.

2. Politik

2.1 Grundsatz- und Planungsabteilung

Aufgabe der Grundsatz- und Planungsabteilung ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse im Hinblick auf politische Entscheidungen aufzubereiten und die Parteiführung insbesondere in mittelfristig relevanten Fragen der Politik und in strategischen Fragen zu beraten.

Im Aufgabenbereich der Grundsatz- und Planungsabteilung lagen u.a.:

- die Ausarbeitung von Dokumentationen, Analysen, Konzepten und Strategieempfehlungen (auch für den Wahlkampf);
- die Geschäftsführung für Programmkommissionen

(Wahlprogramm-Kommission; Kommission „Wissenschaft, Technik, Ethik“, Rentenkommission, Kommission zur Erarbeitung des „Zukunftsmanifests“);

- die Ausarbeitung von Entwürfen für Reden, Artikel, Kolumnen, Presseerklärungen, Interviews und die konzeptionelle Betreuung von Buchveröffentlichungen;
- die Vorbereitung von Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächen (8. KAH-Gespräch „Stellt sich die Neue Soziale Frage neu?“);
- Die Vorbereitung von Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen (im Berichtszeitraum fünf Gesprächsrunden).

2.2 Hauptabteilung Politik

Die Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik bereiten für die Parteiführung und die Gliederungen der Partei den aktuellen Sachstand in den jeweiligen Fachbereichen auf. Politische Entscheidungen sollen so sachgerecht wie möglich vorbereitet werden und vor allem auch in den Auswirkungen überschaubar sein. Um die Bereinstimmung politischer Aussagen sicherzustellen, werden intensive Kontakte zu den Parlamenten und Regierungen in Bund und Ländern unterhalten.

Unverzichtbares Instrument bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen ist die Durchführung von Anhörungen, Kongressen und Gesprächs-Foren. Sie bieten Wissenschaftlern, Fachleuten und sachkundigen Bürgern die Gelegenheit, der Partei ihre Auffassungen über mögliche Problemlösungen vorzutragen.

Folgende Veranstaltungen wurden von der Hauptabteilung Politik konzipiert:

- | | |
|---------------------|--|
| 19. April 1985 | „Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd? Der Weltwirtschaftsgipfel und die Dritte Welt.“
Öffentlicher Dialog zwischen der CDU Deutschlands und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung. |
| 29. Oktober 1985 | Nicaragua-Report:
„Wie frei ist Nicaragua?“ |
| 7. November 1985 | 7. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch:
„Ja zur Freiheit – Nein zur Bundeswehr? Wehrdienst als Bürgerpflicht oder Pflichtübung.“ |
| 28. November 1986 | Wirtschaftspolitischer Kongreß in Osnabrück: „Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen.“ |
| 12. Dezember 1985 | „Stellt sich die Neue soziale Frage neu?
'Neue Armut', organisierte Interessen, neue Arbeit.“ |
| 24./25. Januar 1986 | 4. Rechtspolitischer Kongreß von CDU und CSU:
„Recht sichert die Freiheit. Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik.“ |
| 19. März 1986 | Seniorenkongreß
„Selbständig – sicher – geborgen. Für ein glückliches Leben im Alter.“ |

- | | |
|--------------------|---|
| 14. Mai 1986 | Sicherheitspolitischer Kongreß:
„Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung.“ |
| 3. Juli 1986 | Hearing des BFA Energiepolitik zur Energiepolitik |
| 7. Juli 1986 | Forum „Literatur und Politik in Lateinamerika“ |
| 27. August 1986 | Energiepolitischer Kongreß
„Verantwortung für Deutschland – Energiepolitik für eine humane Zukunft.“ |
| 10. September 1986 | Gesundheitspolitischer Kongreß |
| 24. September 1986 | Technologipolitischer Kongreß
„Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft.“ |

Zu allen Veranstaltungen wurden zum Teil umfangreiche Materialien erstellt; die Ergebnisse wurden ausführlich dokumentiert.

Die Erarbeitung politischer Konzepte und Programme geschieht auf Bundesebene in Fachgremien, die dem Bundesvorstand direkt zugeordnet sind. Die Geschäftsführung dieser Gremien wird von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik wahrgenommen. Im Berichtszeitraum waren 51 dieser Gremien zu betreuen; diese haben insgesamt 169 Sitzungen durchgeführt. Zur Vorbereitung der Gremienarbeit wurden 54 Beschlußvorlagen erstellt. Auch das Antragswesen der Bundesparteitage wird durch Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik besorgt.

An die inhaltliche Darstellung der Politik der CDU sind seit Übernahme der Regierungsverantwortung besondere Anforderungen gestellt. Es gilt nicht nur, über die Arbeit der CDU-geführten Bundesregierung zu informieren; es mußten auch – zum Teil vom politischen Gegner provozierte – Mißverständnisse über politische Entscheidungen ausgeräumt und Informationslücken geschlossen werden.

Im Frühjahr 1985 begann der Aufbau der elektronischen Textbibliothek der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Inzwischen sind in dieser Datenbank alle wichtigen Veröffentlichungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle seit diesem Zeitpunkt gespeichert, insgesamt über 700 Texte von Reden, Dokumentationen, Broschüren, Flugblättern, Presseerklärungen und anderen Schriftstücken. Auch die Protokolle der letzten Bundesparteitage in Köln, Stuttgart und Essen sind erfaßt. Alle Dokumente sind inhaltlich aufbereitet und können nach bestimmten Kriterien, zum Beispiel Autor, Datum, Schlagworten, gesucht und bei Bedarf ausgedruckt werden.

Für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle wurden entsprechende Schulungskurse abgehalten. Die an das CDU-Kommunikations-Netz angeschlossenen Landesverbände und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben ebenfalls Zugang zur Textbibliothek. Die Textbibliothek kann also bereits im Bundestagswahlkampf genutzt werden.

Die Parteizentrale einer modernen Volkspartei hat heute Dienstleistungsfunktionen nicht nur gegenüber ihren Gliederungen und Mitgliedern, sondern auch gegenüber Bürgern zu erbringen, die sich rat- und

hilfesuchend an die Partei wenden. Die Parteien werden von den Bürgern wie Dienstleistungsbetriebe benutzt – von der Rentenberechnung bis zur Durchsetzung von Bebauungsplänen. Als zeitaufwendige, aber besonders wirkungsvolle Form der politischen Kommunikation zwischen Bürger und CDU hat sich das Briefwesen entwickelt. Immer mehr Bürger schreiben an den Parteivorstand, lassen sich über politische Entscheidungen informieren, geben Rat, melden Forderungen an und suchen Hilfestellung. Jeder Brief wird individuell beantwortet.

3. Öffentlichkeits- und Pressearbeit

3.1 Werbemittel

Verbrauchszahlen aller Informations- und Werbematerialien, die in der Zeit vom 1. April 1985 bis 31. August 1986, im Angebot waren und noch sind.

1651 Flugblatt: Die Luft wird sauberer	482.500
1652 Flugblatt: Die Renten sind sicher	465.500
1653 Flugblatt: Der Aufschwung läuft	477.000
1755 Flugblatt: Das ist der Aufschwung	156.130
1756 Flugblatt: Steuersenkung	123.130
1757 Flugblatt: Umwelt	140.680
1758 Flugblatt: Wir schaffen soziale Gerechtigkeit	159.430
1759 Flugblatt: Wir lieben Kinder	160.410
1760 Flugblatt: Das kommt allen zugute: Stabile Preise	174.180
1761 Flugblatt: Unsere solide Politik garantiert sichere Renten	166.930
2608 Argu-Faltblatt: Fünf Thesen zur Umwelt- politik	79.000
2658 Argu-Faltblatt: Beschäftigungsförderungs- gesetz	105.675
2793 Argu-Faltblatt: 20 Pluspunkte der Regierung H.Kohl	430.880
2848 Faltblatt: Bundeswehr	1.700
2602 Magazin: Weitersagen	41.300
2683 Magazin: „40 Jahre CDU“	71.750
2664 Prospekt: Unsere Luft wird sauberer	96.600
2727 Prospekt: Wir lieben Kinder	101.350
2645 Zeitung: „CDU-extra“ „Wir wollen die neue Partnerschaft von Mann und Frau“	538.500
2656 CDU-extra: Wir schaffen Arbeit	436.500
2662 Faltzeitung: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt	206.600
2678 CDU-extra: Unser Land ist Spitze	124.000
2690 CDU-extra: Jetzt geht's los	1.218.420

3.2 Bildschirmtext

Seit Anfang 1985 ist die CDU an das Btx-Netz angeschlossen. Damit hat sich die CDU für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine der neuen Entwicklungen auf dem Medienmarkt nutzbar gemacht. Neben aktuellen Meldungen zur Tagespolitik findet der Btx-Nutzer auf mehr als 500 Seiten im Programm der CDU Informationen über grundsätzliche Positionen der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen.

Auf rund 80 Dialog-Seiten im Btx-Programm der CDU kann der Nutzer problemlos zusätzliche Informationen zu interessierenden Themen anfordern. Besonderen Wert legt die CDU auf die aktuellen Text-Informationen, für die eine besondere Rubrik (Aktuelles) eingerichtet worden ist. Hier können z.B. Stellungnahmen der Partei zu aktuellen Ereignissen sofort abgerufen werden.

Das CDU-Programm kann unter der Btx-Nummer *54411 abgerufen werden.

3.3 UiD

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr und enthält Informationen und Argumentationshilfen zu allen wichtigen politischen Ereignissen. Außerdem informiert der UiD regelmäßig über das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gibt Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände.

Jeder UiD enthält einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich dokumentiert wird. In regelmäßigen Abständen erscheint eine Gesamtübersicht der bestellbaren Werbematerialien (rosa Teil).

In dem Zeitraum März 1985 bis einschließlich September 1986 sind erschienen:

- 55 CDU-Dokumentationen (grüner Teil)
- 45 Regionalausgaben (bis 23/86) (gelber Teil)
- 6 Öffentlichkeitsarbeit (rosa Teil)

Seit Januar 1985 wurden die Voraussetzungen für eine Regionalisierung des UiD geschaffen, so daß bereits für die Landtagswahlen im Saarland und in NRW sowie Niedersachsen Sonderbeilagen erscheinen konnten. Die Landesverbände Rheinland und Rheinland-Pfalz haben auch außerhalb der Wahlkampfzeit von der Möglichkeit der Regionalbeilage Gebrauch gemacht.

In diesem Jahr steht der UiD voll im Dienste des Bundestagswahlkampfes. Die Auflage wurde ab Ende August 1986 von ca. 25 000 auf ca. 42 000 Exemplare erhöht. Diese erhöhte Auflage geht einmal an die von den Kreisgeschäftsstellen zusätzlich benannten Wahlkämpfer; außerdem erhalten während der Wahlkampfzeit alle CDU-Betriebs- und Personalräte sowie die Verantwortlichen für die Verteilung der Zeitung „Deutschland am Wochenende“ den UiD.

Darüber hinaus haben alle CDU-Mitglieder die Möglichkeit, den UiD zu abonnieren. Für die Wahlkampfzeit wurde ein Sonderabonnement angeboten, das 20 UiD-Ausgaben vor dem Wahltag umfaßt.

3.4 Deutsches Monatsblatt

Stärker noch als in den Jahren zuvor stand das Deutsche Monatsblatt im Zeichen der Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder. In Begleitung zu den einzelnen politischen Aussagen der Spitzenpolitiker der CDU, vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler, stellte sich das Deutsche Monatsblatt ganz in den Dienst der Informationsübermittlung für die Mitglieder.

Darüber hinaus wurde die Berichterstattung über die Aktivitäten der einzelnen Gliederungen der Partei verstärkt. Aus der Fülle der Berichte über Aktionen vor Ort entwickelten sich andernorts Initiativen. Insofern wurde das Deutsche Monatsblatt seiner Rolle als Mittler zwischen der Parteispitze und dem einzelnen Mitglied sowie der einzelnen Verbände untereinander gerecht.

Seit Anfang 1986 belegt auch der CDU-Landesverband Saar vier Wechelseiten mit regionaler Berichterstattung.

3.5 Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum April 1985 bis Ende August 1986 wurden 1.307 Beiträge und Stel-

lungnahmen verbreitet) sowie zahllose Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakte der Parteiführung, insbesondere des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs. Hinzu kommen – in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation – die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitag, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU sowie die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien.

Neben 92 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind vertrauliche Hintergrundgespräche zu einem wichtigen Instrument der Information geworden. Besonderes Interesse bestand bei in- und ausländischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler sowie mit dem Generalsekretär. Insbesondere für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Bei Landtags- und Kommunalwahlkämpfen wurden für zahlreiche in- und ausländische Journalisten Wahlkampfbegleitungen organisiert. Allein 70 Journalisten begleiteten den Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler auf seinen Wahlkampfreisen nach Niedersachsen, während an seinen beiden Ferienreisen an die schleswig-holsteinische Nordseeküste und nach Bayern insgesamt 130 Kollegen teilnahmen. Außerdem waren die örtliche und die regionale Presse zugegen. In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation sind über die publizistische Betreuung von Wahlkampfeinsätzen des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs hinaus auch die Vorbereitungen für eine umfassende Begleitung der im Bundestagswahlkampf einzusetzenden Bundesredner angelaufen.

Der Kontakt zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen gepflegt.

In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch der gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene Pressedienst, der „Deutschland-Union-Dienst“.

Der von nur zwei Redakteuren gestaltete „Deutschland-Union-Dienst“ hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst die Auflage von 1.050 Exemplaren gehalten, die bundesweit vertrieben werden. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt 1.100 Exemplare. Der DUD wird, wie eine Auswertung ergab, in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als die Pressedienste anderer Parteien. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2.000 Exemplaren.

4. Organisation

Die Schlagkraft einer Partei hängt in der heutigen Zeit – unabhängig von der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Politik – auch davon ab, in welchem Umfang es ihr gelingt, ihre Organisation auf die neuen Anforderungen des politischen Marktes auszurichten. Dazu gehört die Nutzung neuer Organisationsmittel und technischer Medien, aber auch die Anpassung bewährter organisatorischer Maßnahmen und Veranstaltungsformen an gegebene Veränderungen der Wähler- sowie der Medienlandschaft.

Hinzu kommt, daß sich die Organisationsstrukturen der CDU vor dem Hintergrund des Wandels in der politischen Landschaft – konkret gemeint ist der Wechsel von der Oppositions- zur Regierungspartei – neuen Erfordernissen zu stellen hat.

In diesem umfassenden Sinne ist es der CDU in den letzten Monaten und Jahren gelungen, sich nicht nur auf Bundesebene sondern auch im Bereich der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten.

Die nachfolgend aufgeführten konkreten Maßnahmen, Aktionen und Projekte aus der organisatorischen Arbeit der vergangenen Monate bestätigen dies. Damit nimmt die CDU im internationalen Vergleich – auch unter organisatorischen Aspekten – einen Spitzenplatz ein.

4.1. Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes

Im heutigen Zeitalter technischer Revolutionierung und fortschreitender Computervernetzung macht der Durchdringungsprozeß mit Mikroelektronik weder vor dem Privathaushalt noch vor Betrieben und Dienstleistungsorganisationen halt. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit – und dies gilt auch für den politischen Markt – wird stark davon abhängen, wie man sich auf diesen Trend einstellt und wie er für die eigene Organisation genutzt wird.

Dies belegt, wie wichtig nach wie vor der weitere Ausbau des CDU-Kommunikations-Netzes für Arbeit und Schlagkraft der Partei ist.

Aufgaben des CDU-Kommunikations-Netzes

Die Konzeption des CDU-Systems sieht vor, daß die Gliederungen der Partei, ausgestattet mit eigenen Computersystemen, alle anfallenden Arbeiten erledigen können. Dazu liefert die CDU-Bundesgeschäftsstelle kostenlos die notwendigen Programme und schult die Mitarbeiter. Die Kommunikation zwischen beliebigen Partnern des CDU-Netzes und nach außen wird durch die Möglichkeiten von Teletex gewährleistet. Mit dem eigenen System können mit

den entsprechenden Programmen Aufgaben aus den drei großen Bereichen Textverarbeitung, Datenverarbeitung und Datenfernübertragung erledigt werden.

Die Vorteile eines eigenen Computer-Systems liegen auf der Hand:

- Die insgesamt zur Verfügung stehende Arbeitszeit kann sinnvoller genutzt werden, da rein mechanische Tätigkeiten (z.B. Mehrfacherstellung von Texten) vom System übernommen werden.
- Damit steigt die Effizienz der Mitarbeiter, qualitativ kann bessere Arbeit geleistet werden.
- Dadurch kann das Leistungsangebot nach außen verbessert und erhöht werden.
- Durch die Anwendung der integrierten Text- und Datenverarbeitung werden Zielgruppenaktionen effizienter.
- Durch die Kommunikation im Verbund und in vertikaler Richtung laufen die Informationsströme schneller und Reaktionen auf das aktuelle politische Geschehen können schneller erfolgen.

Die Einrichtung eines eigenen Computer-Systems bringt für den einzelnen Verband wesentliche Vorteile, die sich in höherer Schlagkraft und breiterer Flexibilität niederschlagen. Im Verbundsystem kommen diese Vorteile der gesamten CDU zugute. Langfristig kann damit der erhebliche organisatorische Vorsprung der CDU vor anderen Parteien gehalten bzw. noch weiter ausgebaut werden. Dies ist nicht zuletzt Voraussetzung für erfolgreiche Wahlkämpfe.

Der gegenwärtige Ausbaustand

Nachdem die für den Aufbau des CDU-Kommunikations-Netzes wesentlichen Basisarbeiten bereits 1984/85 abgeschlossen werden konnten, konzentrierte sich die Arbeit in den letzten Monaten auf den weiteren Netzaufbau, die Weiterentwicklung der Software (Programmbibliothek) und die Mitarbeiterschulung.

Insbesondere konnten folgende wichtige Projekte realisiert werden:

- Einführung der Groß-Klein-Schreibung in der „Zentralen Mitgliederkartei“, Programmierung einer Schnittstelle zur Textverarbeitung und Bereitstellen von Programmen für Direct-Mail-Aktionen.
- Fertigstellung der Programmpakete „Kalendarium“, „Beitragswesen“ und „Mitgliederverwaltung per Datenfernübertragung“ für Kreisverbände.

- Aufbau der CDU-Info-Datenbank bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle und Weitergabe der Software an interessierte Landesverbände.
- Online-Anschlußmöglichkeit für Landesverbände und Fraktionen und damit Möglichkeit zur direkten Recherche in der CDU-Info-Datenbank (Kreisverbände erhalten diese Informationen per Teletex).
- Einführung von Teletex als Übertragungsmedium im CDU-Kommunikations-Netz. Damit wird das CDU-Netz nach außen geöffnet und auch der Zugang zum Telex-Netz möglich.

Alle Informationen aus der CDU-Info-Datenbank (inzwischen sind mehr als 700 wichtige politische Dokumente über Kategorien und Schlagworte suchbar gemacht worden; die Texte stehen zum Abruf bereit.) können über Teletex an die Verbände weitergegeben werden.

- Entwicklung eines komplexen Programmpaketes für Abonnentenverwaltung und -abrechnung der zentralen Druckerzeugnisse der Partei. Außerdem Einführung umfangreicher Postzeitungsdienste für Zeitschriften.
- Einrichtung eines „Schulungszentrums“ für alle Mitarbeiter der CDU. Herausgabe monatlicher Schulungspläne für die CDU-Bundesgeschäftsstelle und Schulung externer Teilnehmer nach Absprache. Seit Eröffnung des „Schulungszentrums“ im November 1985 nahmen 110 Personen aus Landes- und Kreisverbänden an 195 Schulungsabschnitten teil. Für die Schulung der Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden 75 Kurse abgehalten, an denen sich 358 Personen (einschl. Mehrfachteilnahmen) beteiligten.

In den letzten Monaten haben sich eine Reihe weiterer Verbände/Gliederungen dem CDU-Kommunikations-Netz angeschlossen. Insgesamt umfaßt das Netz zur Zeit 12 Landesverbände, 5 Bezirksverbände, 77 Kreisverbände und 28 andere Installationen (incl. Bundesgeschäftsstelle und Vereinigungen), von denen 85 mit Teletex ausgestattet sind.

Einen globalen Überblick über den Bestand der CDU-Programm-bibliothek gibt folgende bersicht (im Detail handelt es sich um mehr als 3000 Einzelprogramme):

Programme und Anwendungen	Für Wang-System
Adress- und Zielgruppenverwaltung	VS/OIS/PC
Anbindung IS-Versandzentrum	VS
Anbindung an diverse Datenbanken	VS/PC
Antragswesen Parteitage	VS
BTX-Editierprogramme	PC
Beitragseinzug für Kreisverbände	OIS
Bestellwesen, Materialverw./Inventur	VS

Budgetierung	VS
CDA-Mitgliederverwaltung	VS
CDU-Informationsdatenbank	VS/PC
CDU-Mitgliederverwaltung incl.	VS
Personalplanung	
DF-Programme zur Mitgliederverwaltung	VS/OIS/PC
Direct-Mail-Programme	VS
Easy-Data	PC
Einladungswesen Parteitage und Kongresse	VS
Finanzbuchhaltung	VS/OIS/PC
Fotosatz-Anwendungen	VS
Grafik	PC
JU-Mitgliederverwaltung	VS
Kalendarium	VS/OIS/PC
Lohn- und Gehalt	VS
Mitglieder-Statistik-Programm	VS/OIS
Organisations-Handbuch	VS
Projekt-Management (Netzplan)	VS
Raumreservierung	VS
Rednereinsatz	VS
Softwareversand per Teletex	OIS
Teletex	VS/OIS/PC
Tonbus-Einsatz	VS
Verlags- und Abonnementverwaltung	VS

4.2 Veranstaltungen und Kongresse

4.2.1 Veranstaltungen und Reisen des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Daß der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, neben der Leitung der Regierungsgeschäfte viel Zeit für den Kontakt mit Bürgern verwendet, belegen eindrucksvoll die nachfolgenden Veranstaltungsdaten.

Planung, Vorbereitung und Abwicklung sämtlicher nachgenannter Veranstaltungen lagen in der Hand der Hauptabteilung Organisation, die neben der organisatorischen Arbeit auch für Bühnenaufbau, Lautsprechübertragung und Plakatmaterial sorgte.

Für die Journalisten stand erstmalig an jedem Veranstaltungsort ein Kommunikationswagen der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung. Der Wagen verfügt über Telefon und Teletexanschluß und ist mit einem Wang-PC und einem Kopiergerät ausgestattet, so daß eine Berichterstattung oder aktuelle Meldung vom Veranstaltungsort direkt der jeweiligen Redaktion übermittelt werden kann.

Zu insgesamt sechs Kundgebungen in Niedersachsen wurden maßgebliche Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen eingeladen und von der CDU-Bundesgeschäftsstelle organisatorisch betreut.

Ferienreisen des Bundeskanzlers in Schleswig-Holstein und Bayern.

Eine Riesenwelle der Begeisterung bei Urlaubern und Einheimischen, Sympathisanten und Mitgliedern lösten die beiden ganztägigen Ferienreisen des Bundeskanzlers an der Westküste Schleswig-Holsteins und im Osten Bayerns aus. Während des jeweils ganztägigen Veranstaltungsmarathons konnten Zigttausende von Menschen den Kanzler „hautnah“ erleben.

In 4 bis 6 Wochen Vorbereitungszeit konnte die Abteilung Organisation die umfangreichen organisatorischen Arbeiten durchführen, die Grundlage für den Erfolg derartiger Veranstaltungssuperlativen sind.

Hierzu gehören u.a. Programmplanungen, Vorbereitungen, Sicherheitsbesprechungen, Ablaufplanungen, Flugbuchungen und Fahrzeugeinsätze sowie deren Koordination, Einladungen an Journalisten und deren organisatorische Betreuung, Journalistenprogramme, Informationssammlung Lautsprecherübertragungen und Kommunikationswageneinsätze, Hotelbuchungen, Personaleinsätze, Erstellung von Kommunikationsplänen, Werbematerialeinsatz und Plakatdienste, sowie die Erstellung von Pressedokumentationen im Anschluß an die Veranstaltungsreisen.

Der Erfolg dieser Reisen schlägt sich in Zahlen nieder:

- über 90.000 Menschen erleben den Bundeskanzler live und bürgernah.
- In mehr als 60 Radio- und Fernsehmeldungen wird über diese beiden Veranstaltungen berichtet.
- In mehr als 200 Presseartikeln und mit über 200 Fotos berichtet die deutsche Presse.

Bäderreise des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl Dienstag 22. Juli 1986

St. Peter Ording war der Ausgangspunkt der Reise, die über die Orte Nebel auf Amrum, Wyk und Föhr-Land auf Föhr, sowie Westerland und List auf Sylt führte.

Im Troß des Bundeskanzlers, Ehefrau Hannelore und des CDU-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg, befanden sich annähernd 60 Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen, die mit Bussen, Flugzeugen und Hubschraubern die Reise des Kanzlers begleiteten.

Der Reiseverlauf war so gestaltet, daß möglichst viele Begegnungspunkte zwischen Bürgern und Kanzler vorhanden waren. Neben Ansprachen und einer großen Pressekonferenz bildeten Sommerfeste,

Musikdarbietungen, Luftballonwettbewerbe und ein großes Strandfest den Rahmen dieser Reise.

Bayernreise des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl Freitag, 29. August 1986

Die Bayernreise führte den Bundeskanzler durch die Oberpfalz, Niederbayern und Oberbayern.

Vom Reisebeginn in Cham aus begleiteten ihn ca. 70 Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen, die aus Bonn, Nürnberg und München, von der CDU-Bundesgeschäftsstelle betreut, anreisten. Ansprachen und Gespräche mit Soldaten, Rekruten und deren Eltern beim Besuch des Panzergrenadierbataillons 113 in Cham gehörten ebenso zum Programm wie die Besichtigung der Waldglashütte in Bodenmais sowie des Museumsdorfes in Tittling/Thurmannsbang, Besuche in Grafenau und Straubing, einer Pressekonferenz in Altötting und die Teilnahme an einem Volksfest in Mühldorf am Inn.

4.2.2 Fachkongresse-Tagungen - Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche

Breiten Raum nahmen in der organisatorischen Arbeit Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen ein. Gemeinsam mit den jeweiligen politischen Fachabteilungen wurden mit besonderer Sorgfalt umfangreiche Einladungsverteiler erarbeitet. So konnten durch die zahlreichen Fachkongresse und Veranstaltungen ein großes Spektrum fachlich interessierter Teilnehmer sowohl im Parteibereich als auch insbesondere im vopolitischen Raum angesprochen werden. Im Durchschnitt wurden die Fachkongresse der Bundespartei von 450 bis 550 Teilnehmern besucht. Besonderen Zuspruch erfuhr der Seniorenkongress am 19.3.1986 durch annähernd 1.200 Teilnehmer.

Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang auch die mit großem Erfolg durchgeführten „Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche“: Unter jeweiliger Leitung des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Dr. Heiner Geißler, wurden vor zahlreichem Publikum und unter starker Beachtung der Medien aktuelle politische Themen diskutiert.

Ferner wurden auch die Vereinigungen der Partei in beachtlichem Maße organisatorisch unterstützt. Die Bundesdelegiertentagungen der Frauenvereinigung und des Evangelischen Arbeitskreises sowie der Kommunkongreß und die Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung wurden organisatorisch vorbereitet und die technischen und gastronomischen Voraussetzungen geschaffen.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum ca. 30 Kongresse und Tagungen durchgeführt, die von gut 20.000 Teilnehmern besucht wurden.

Einen detaillierten Überblick über die einzelnen Veranstaltungen gibt nachfolgende Zusammenstellung:

Veranstaltungs Datum	Veranstaltungsart Teilnehmer	
29. – 30.4.1985	EVP/Generalsekretäre, Hilton Düsseldorf, Executiv-Komitee	450
19. – 21.9.1985	KPV-Bundesvertreterversammlung Kommunalkongreß, Bonn, KAH „Den Bürgern Heimat geben“	670
23.9.1985	Kreisvorsitzendenkonferenz, Bonn, KAH	250
24.9.1985	Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von Herrn Dr. Herbert Hupka, Bonn, KAH	130
27. – 28.9.1985	14. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung, Bonn, KAH „Partnerschaft 2000“	600
29.10.1985	Nicaragua-Hearing (Menschenrechte), Bonn, KAH „Wie frei ist Nicaragua?“	600
7.11.1985	7. KAH-Gespräch – „30 Jahre Bundeswehr“, Bonn, KAH	450
26.11.1985	25jähriges Jubiläum Bundesparteigericht	75
28.11.1985	Wirtschaftspolitischer Kongreß, Osnabrück, Stadthalle „Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen“	350
9.12.1985	Bundesausschuß, Bonn, KAH	220
10.12.1985	Empfang anlässlich des 65. Geburtstages von Herrn Dr. Alfred Dregger, Bonn, KAH	850
12.12.1985	8. KAH-Gespräch „Stellt sich die neue soziale Frage neu? 'Neue Armut', organisierte Interessen, neue Arbeit“	480
24. – 25.1.1986	4. Rechtspolitischer Kongreß „Recht sichert die Freiheit – Die Men- schenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“, Karlsruhe, Stadthalle	550
18.2.1986	Empfang anlässlich des 85. Geburtstages von Frau Bundesminister a.D. Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Bonn, KAH	450
19.3.1986	Seniorenkongreß „Für ein glückliches Leben im Alter – Selbständig – sicher – geborgen –“, Bonn, KAH	1.250
16.4.1986	Interne Fachtagung „Journalistische Nachwuchsförderung“ Bonn, KAH	250
18. – 20.4.1986	27. EAK-Bundestagung „Um der Menschen willen“ Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft Hannover, Congreß-Centrum-Stadtpark, Glashalle Zur Abschlußkundgebung mit dem Bundeskanzler	480 2.500
14.5.1986	Sicherheitspolitischer Kongreß „Im Bündnis für Freiheit, Frieden und Verständigung“, Bonn, KAH	600
7.6.1986	15. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung, Bonn, KAH „Ohne Frauen keine Zukunft“ – Jetzt schaffen wir den Durchbruch –	450
8.7.1986	Kulturelles Forum „Literatur und Politik in Lateinamerika“ Bonn, KAH	550
16.8.1986	Regionalkonferenz LV Rheinland-Pfalz und Saar, Trier, Europahalle	1.200
23.8.1986	Regionalkonferenz LV Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster, Holstenhalle	2.500

27.8.1986	Energiepolitischer Fachkongreß – Verantwortung für Deutschland – „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	450
5.9.1986	Bundesausschuß, Bonn, KAH	220
5.9.1986	Regionalkonferenz LV Niedersachsen und Bremen, Osnabrück, Stadthalle	1.200
10.9.1986	Gesundheitspolitischer Kongreß – Gesund leben – „Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft“, Bonn, KAH	600
24.9.1986	Technologiepolitischer Fachkongreß „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“, Bonn, KAH	490
16.9.1986	Regionalkonferenz NRW Bezirksverbände Münsterland, Ostwestfalen-Lippe, Sauerland und Siegerland Langenberg, Mehrzweckhalle	500
26.9.1986	Regionalkonferenz NRW Bezirksverbände Aachen, Bergisches Land, Mittel- und Niederrhein Bonn, KAH	450
27.9.1986	Regionalkonferenz NRW Bezirksverband Ruhrgebiet, Essen, Saalbau	600

4.3 Wahlkämpfe – Bundesredner – Parteiorganisation

4.3.1 Zentrale Bundesrednereinsätze und Wahlkämpfe

Für die im Berichtszeitraum stattgefundenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle erhebliche organisatorische Leistungen erbracht. Dazu gehören u.a. die zentrale Steuerung der Einsätze des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs und der übrigen Bundesredner. Hinzu kommen tontechnische und sicherheitsmäßige Unterstützungsmaßnahmen.

Im Berichtszeitraum wurde im Hinblick auf die Bundestagswahl ein neues Kommunikationsfahrzeug angeschafft, das neben den tontechnischen Anlagen auch Telefon und Teletex enthält. Die gesamte tontechnische Ausstattung wurde durch Eigenleistung den Erfordernissen angepaßt.

Für die anstehende Bürgerschaftswahl in Hamburg (9.11.1986) sind derzeit 20 Rednereinsätze geplant.

Für die kommende Bundestagswahl sind bereits heute 2.649 Veranstaltungen an 1.125 Einsatztagen, die von 90 Bundesrednern durchgeführt werden, fest terminiert.

4.3.2 Allgemeine parteiorganisatorische Maßnahmen

Direct-Mail-Aktionen

Der Service für Landes-, Bezirks- und Kreisverbände konnte erheblich erweitert werden.

Ein Beispiel hierfür sind die Direkt-Mail-Aktionen. Nach Beratung und Information für die Parteigliederungen wurden mehr als 800.000 Briefe zur persönlichen Ansprache von Wählern und Parteimitgliedern verschickt.

Weitere Service-Leistungen waren die Fragebogen-Aktion „Ich mache mit“ und der Aufbau einer bundesweiten Verteileraktion.

Flugblätter

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden im Berichtszeitraum 34 Flugblätter produziert und versandt. Für den Verteilungsradius ergab sich eine Auflage innerhalb der Gesamtpartei von ca. 25 Millionen Stück.

Die jeweils aktuellen Flugblatt-Texte wurden zudem per Teletex den angeschlossenen Parteigliederungen übermittelt.

Besucherdienst und Veranstaltungsservice

Eine Dienstleistung der CDU-Bundesgeschäftsstelle gegenüber der interessierten Öffentlichkeit ist der Besucherdienst.

Im Berichtszeitraum haben – bei zunehmender Tendenz – 913 Gruppen mit 34.741 Teilnehmern das Konrad-Adenauer-Haus besucht. In den vergangenen zehn Jahren haben fast 300.000 Personen durch die Besucherbetreuung einen Einblick über die Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle erhalten.

Außerdem wurde nach Übereinkunft zwischen der Konrad-Adenauer-Haus KG und der CDU-Bundesgeschäftsstelle die technischen Arbeiten für den gesamten Kongreßbereich durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurden 205 Veranstaltungen im Konrad-Adenauer-Haus im technischen Bereich betreut.

Organisations-Handbuch

Die Fortschreibung und der Änderungsdienst des Organisations-Handbuches der CDU wurde im Berichtszeitraum mit 3 Nachlieferungen durchgeführt. Im Laufe des Jahres ergaben sich 7.967 Änderungen. Das Organisations-Handbuch erscheint in einer Auflage von 2.000 Exemplaren, wobei der Radius der Verteilung auch außerhalb der CDU liegt.

Referentenvermittlung

Im Berichtszeitraum erhielt die CDU-Bundesgeschäftsstelle 161 Anfragen. 130 Anfragen wurden durch Redner und Referenten der CDU und 6 Anfragen durch Redner und Referenten der CSU wahrgenommen. 18 Anfragen wurden zuständigkeitshalber an die Landes- und Kreisverbände weitergeleitet.

Technische Hilfen

Auf Bitte von Gliederungen und Vereinigungen wurde technische Hilfe durch Einsatz von transportablen Beschallungseinrichtungen in 42 Fällen geleistet. Im Bereich der Fernseh- und Videotechnik wurden zahlreiche Video- und Tonkopien gefertigt. In der Datenbank wurden 739 Video- und Tonkopien erfaßt und katalogisiert.

Beratung

Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Beratung der Gliederungen der CDU in Organisationsfragen. Aus den vielfältigen Kontakten ergibt sich sowohl eine Abstimmung bei der Beschaffung technischer Geräte als auch die einheitliche Umsetzung von Aktivitäten im bundesweiten Interesse. Die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen auf der Grundlage von Problemstellungen der Verbände ist ein von der Bundesgeschäftsstelle erbrachter Beitrag zur Strukturverbesserung. Im Rahmen der Kooperation mit befreundeten ausländischen Parteien wurden Organisationsberatungen durch Seminare und Informationsgespräche durchgeführt.

V. Der Bundestagswahlkampf

1. Die Kampagnen des Wahlkampfes

Der Bundesparteitag bildet für die CDU den Übergang von der Auftaktkampagne zum Hauptwahlkampf.

Mit der Auftaktkampagne verfolgte die CDU die Ziele,

- die Leistungen der Regierung Helmut Kohl für alle ("Weiter so, Deutschland") und
- die Zukunftsfähigkeit der Partei ("CDU - die Zukunft") zu verdeutlichen.

Im Rahmen der Auftaktkampagne wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Plakatierung unter dem Motto „Weiter so, Deutschland“
- Aktionen der CDU - Verbände unter dem Motto „Ein Sommer mit der CDU“, unterstützt durch zwei Sommer-Teams der Bundesgeschäftsstelle. Der erfolgreiche Besuch des Bundeskanzlers in Ferienorten an der Nordseeküste und in Bayern war Teil dieser Sommeraktion.
- Herausgabe der ersten von zwei Kandidatenzeitungen seit Mitte August.
- Durchführung von sieben Regionalkonferenzen zur parteiinternen Mobilisierung und Information. Auf allen Veranstaltungen sprachen Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Bundeskanzler Helmut Kohl nahm an der Regionalkonferenz in Neumünster teil.
- Durchführung dreier Kongresse, die die Zukunftorientierung der CDU unterstreichen:
- 27.08. „Verantwortung für Deutschland - Energiepolitik für eine humane Zukunft“
- 10.09. „Gesund leben - Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft“
- 24.09. „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“.

Den Hauptwahlkampf wird die CDU in den Monaten Oktober November und Dezember führen, bevor sie im Januar in den heißen Wahlkampf geht. Dieser wird mit einer großen Auftaktveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle am 4. Januar 1987 eröffnet werden.

Durch alle Phasen des Wahlkampfes hindurch ziehen sich die folgenden fünf Kampagnen:

A Mobilisierungskampagne

Die Anhänger der Union sind heute schwerer zu mobilisieren als in der Oppositionszeit Mitte der 70er Jahre. Der Schlußspurt im niedersächsischen Landtagswahlkampf hat aber gezeigt, daß sie engagiert sind, wenn die Führung in Bund und Ländern klare und politisch weittragende Botschaften ausgibt. Diese Kampagne hat zum Ziel, systematisch die Partei zu mobilisieren, um sie auf den langen Wahlkampf vorzubereiten. Vor Ort muß sie bis zum Ende des Wahlkampfes fortgesetzt werden. Die seit September 1985 stark verbesserte Grundstimmung bietet einen guten Ansatz. Die Ziele der Mobilisierungskampagne waren und sind im einzelnen:

- Stärkung der Diskussionsfähigkeit und -bereitschaft der CDU-Anhänger (u.a. Telefonaktionen, Nachbarschaftstreffen etc.)
- Aufbau einer Verteilerorganisation, die sechs Mal Wahlkampfzeitungen in rund 60 % bis 70 % der Haushalte bringen soll (drei Wahlkreiskandidatenzeitungen im Herbst 1986 und drei Wochenendzeitungen im Januar 1987)
- Aktive Teilnahme der Mitglieder und Anhänger an Veranstaltungen und Canvassing-Aktionen aller Art.

Für diese Kampagne wurde von der Bundesgeschäftsstelle eine große Zahl von Argumentationshilfen, Aktionshandbücher und anderes Material erstellt.

B Kompetenzkampagne

Durch die Darstellung des Geleisteten wollen wir erreichen, daß der Wähler der Union die Kompetenz zuweist, die wichtigen anstehenden Probleme zu lösen. Diese Selbstdarstellung muß sich allerdings konzentrieren auf wenige, einprägsame Fakten. Sie muß den positiven Stimmungstrend verstärken und den Wähler endgültig von den Erfolgen dieser Regierung überzeugen. Dabei sprechen wir aber auch den Stolz der Menschen in unserem Land an, daß wir durch gemeinsame Arbeit aus der Krise herausgekommen sind.

Unterstützt wird die Kompetenzkampagne u.a. durch folgendes Material:

- 20 Pluspunkte der CDU
- Broschüren der „Offensive '87“ zu einzelnen Politikfeldern
- Plakate und Aufkleber mit dem Motto „Weiter so, Deutschland“.

C Angriffskampagne

Wahlkampf ist immer auch Angriff auf den politischen Gegner. In der Bundestagswahl 1987 stehen sich mit dem Regierungslager aus CDU/CSU und FDP und dem rot-grünen Bündnis zwei politische Lager gegenüber. Damit wird diese Bundestagswahl zu einer Richtungswahl. Wir werden deshalb die Sozialdemokraten als Hauptgegner im Wahlkampf angreifen und die SPD zusammen mit den Grünen den Wählern als wachsende Gefahr für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland vor Augen führen.

Zu dieser Angriffskampagne gehören u.a.:

- das rot-grüne Stoppschild, das als Autoaufkleber und Plakat herausgegeben wird,
- die Dokumentation der 20 Minuspunkte der SPD,
- ein Set von sechs Angriffspostern
- Dokumentationen, die sich mit der Politik des Kandidaten Rau und einzelnen Politikfeldern der SPD beschäftigen (z.B. Energiepolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik).

D Zukunftskampagne

Die hohe Aufmerksamkeit, die ein Wahlkampf für die politischen Fragestellungen beim Wähler bringt, wird die CDU nutzen, um die Lebensperspektiven für die Menschen in den kommenden Jahren zu verdeutlichen. Neben konkreten Programmpunkten wie Steuersenkungen, Umweltprogramm, sozialen

Maßnahmen, Ausbau Europas und der Friedenssicherung wird es sich insbesondere darum handeln, die Formen unseres Zusammenlebens, die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zu verdeutlichen. Es wird um neue Lebenschancen für junge Menschen, um Geborgenheit für alte Menschen und um die Gleichberechtigung für Frauen durch eine neue Partnerschaft gehen. Trotz der Härte der Wahlkampfpauseinandersetzung muß sich die Union offen und nachdenklich den Zukunftsproblemen widmen.

Das „Zukunftsmanifest“, das der Parteitag beschließen wird, steht in der Tradition der vorangegangenen Parteitage, die sich mit „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“ (Stuttgarter Leitsätze), bzw. der „Neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ (Essener Leitsätze) beschäftigten. Es soll die Zukunftsfähigkeit der CDU über die nächste Legislaturperiode hinaus an der Schwelle ins nächste Jahrtausend unterstreichen.

Das Signet „CDU-Die Zukunft“ bringt diese Zukunftsfähigkeit zum Ausdruck.

E Kanzlerkampagne

In der Kanzlerkampagne identifiziert sich die CDU als Regierungspartei mit ihrem Bundeskanzler. Wir sagen unseren Wählern, daß wir Helmut Kohl als Bundeskanzler und die politische Richtung seiner Regierung geschlossen unterstützen. Das gehört zu unserer Tradition und zu unserem Selbstverständnis in vergangenen Wahlen. Bereits bei der niedersächsischen Landtagswahl und bei den Sommeraktionen hat die Kanzlerkampagne in einer Reihe von Veranstaltungen ihren Ausdruck gefunden. Helmut Kohl wird selbst die politische Richtung, die seine Regierung in den letzten vier Jahren vorgezeichnet hat und die sie in den nächsten vier Jahren fortsetzen will, in mehr als 50 großen Veranstaltungen darstellen und begründen.

VI. Mitgliederstatistik der CDU

1. Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend

Für die derzeitige Mitgliederentwicklung ist die Stabilisierung der Mitgliederzahlen auf einem hohen Niveau charakteristisch. Seit zwei Jahren sind die Saldo-Zahlen leicht rückläufig. Im Juni 1986 zählte die CDU 715.340 Mitglieder.

Bei der Analyse der Mitgliederzahlen muß beachtet werden, daß der Mitgliederrückgang durch eine hohe Mortalität bestimmt wird (siehe folgende Tabellen). Gleichzeitig ist erfreulich, daß im Jahre 1985 25.000 neue Mitglieder der CDU beigetreten sind.

Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971
(jeweils Jahresende)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Mitglieder	355 745	422 968	457 393	530 500	590 482	652 010
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder	664 214	675 286	682 781	693 320	705 116	718 889
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Index 1971 = 100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1

	1983	1984	1985	Juni 1986
Mitglieder	734 555	730 395	718 590	715 340
Veränderung zum Vorjahr %	+ 2,2	- 0,6	- 1,6	- 1,2
Index 1971 = 100	206,5	205,3	202,0	201,1

Mitgliederentwicklung 1983/1984 (jeweils Monatsende)

	<u>1983</u> Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	719 838	722 661	729 707	732 337	733 337	734 082
Diff. z. Vormonat	+ 949	+ 2 823	+ 7 046	+ 2 630	+ 1 406	+ 339
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2

	<u>1983</u> Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	734 484	734 147	734 458	735 031	735 070	734 555
Diff. z. Vormonat	+ 402	- 337	+ 311	+ 573	+ 39	- 515
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2

	<u>1984</u> Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	734 361	735 406	736 277	736 370	736 258	736 121
Diff. z. Vormonat	- 194	+ 1045	+ 871	+ 93	- 112	- 137
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3

	<u>1984</u> Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	736 187	735 695	735 276	734 555	732 813	730 395
Diff. z. Vormonat	+ 66	- 492	- 419	- 721	- 1 742	- 2 418
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,6

	<u>1985</u> Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	727 794	726 600	726 440	725 747	725 376	724 222
Diff. z. Vormonat	- 2 601	- 1 194	- 160	- 693	- 371	- 1 154
Veränderung z. Vorjahresmonat %	- 0,9	- 1,2	- 1,3	- 1,4	- 1,5	- 1,6

	<u>1985</u> Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	722 847	721 491	721 043	720 222	719 942	718 590
Diff. z. Vormonat	- 1 375	- 1 356	- 448	- 821	- 280	- 1 352
Veränderung z. Vorjahresmonat	- 1,9	- 1,9	- 1,9	- 2,0	- 1,8	- 1,6

	<u>1986</u> Juni
Mitglieder	715 340
Diff. z. Vormonat	- 741
Veränderung z. Vorjahresmonat %	- 1,2

2. Die Entwicklung der Mitgliederabgänge

Unter den Ursachen für die Mitgliederabgänge kommt der Mortalität und der natürlichen Fluktuation ein erheblicher Anteil zu. 1985 sind 21,3% der Abgänge auf den Tod der betreffenden Parteimitglieder zurückzuführen, 4,5% der Abgänge sind unbekannt verzogen, 2,9% durch Karteibereinigungen zu erklären. Diese Abgänge sind für die Partei nicht vermeidbar.

Der Anteil der explizit politischen Austrittsbegründungen ist jeweils sehr gering. Er stieg 1984 auf 8,5% an, fiel danach wieder auf einen Stand von gegenwärtig 5,6% zurück.

Insgesamt fällt der Anteil politisch motivierter Austritte erheblich geringer aus als der Anteil der eher „administrativ-organisatorischen“ Verluste an Parteimitgliedern.

Mitgliederzu- und abgänge 1970–1985

Jahr	Mi.stand 31.12. d. Vorj.	Zugänge*)	Jährliche Zugangsrate %	Abgänge*)	Jährliche Abgangsrate	Saldierter Mi.zuwachs	Jährliche Zuwachsrate	Mi.stand 31.12. d. Jahres
1970	303 532	48 755	16,1	23 048	7,5	25 707	8,5	329 239
1971	329 239	47 836	14,5	21 330	6,5	26 506	8,0	355 745
1972	355 745	87 008	24,5	19 785	5,6	67 223	18,9	422 968
1973	422 968	57 335	13,6	22 910	5,4	34 425	8,1	457 393
1974	457 393	94 544	20,7	21 437	4,7	73 107	16,0	530 500
1975	530 500	85 501	16,1	25 509	4,8	59 982	11,3	590 482
1976	590 482	87 662	14,8	26 134	4,4	61 528	10,4	652 010
1977	652 010	43 640	6,7	31 436	4,8	12 204	1,9	664 214
1978	664 214	41 097	6,2	30 025	4,5	11 072	1,7	675 286
1979	675 286	41 948	6,2	34 453	5,1	7 495	1,1	682 781
1980	682 781	40 426	5,9	29 887	4,4	10 539	1,5	693 320
1981	693 320	41 238	6,0	29 442	4,3	11 796	1,7	705 116
1982	705 116	43 272	6,1	29 495	4,2	13 777	2,0	718 889
1983	718 889	46 534	6,5	30 868	4,3	15 666	2,2	734 555
1984	734 555	32 506	4,4	37 271	5,1	- 4 765	- 0,6	730 395
1985	730 395	25 656	3,5	37 461	5,1	- 11 805	- 1,6	718 590

Regionale Mitgliederentwicklung 1985

Landesverband	Mi.stand Jahresende 1984	Zugänge 1985*)	Jährliche Zugangsrate %	Abgänge 1985*)	Jährliche Abgangsrate %	Jahressaldo	Verände- rung zum Vorjahr %	Mi.stand Jahresende 1985
Baden-								
Württemberg	96 146	2 803	2,9	3 615	3,8	- 812	- 0,85	95 334
Berlin	16 298	1 460	9,0	1 189	7,3	+ 271	+ 1,66	16 569
Bremen	3 765	284	7,5	330	8,8	- 46	- 1,22	3 719
Hamburg	14 046	691	4,9	889	6,3	- 198	- 1,41	13 848
Hessen	70 344	2 259	3,2	3 653	5,2	- 1 394	- 1,98	68 950
Braunschweig	10 739	520	4,8	542	5,0	- 22	- 0,21	10 717
Hannover	77 800	3 493	4,5	3 919	5,0	- 426	- 0,55	77 374
Oldenburg	18 280	1 944	10,6	709	3,9	+ 1 235	+ 6,76	19 515
Rheinland	136 791	3 553	2,6	8 154	6,0	- 4 601	- 3,36	132 190
Westfalen-Lippe	132 058	3 245	2,5	6 273	4,8	- 3 028	- 2,29	129 030
Rheinland-Pfalz	80 175	1 825	2,3	3 533	4,4	- 1 708	- 2,13	78 467
Saar	31 792	847	2,7	1 819	5,7	- 972	- 3,06	30 757
Schleswig- Holstein	42 224	2 732	6,5	2 836	6,7	- 104	- 0,25	42 120
Insgesamt	730 395	25 656	3,5	37 461	5,1	- 11 805	- 1,62	718 590

*) Bereinigte Zahlen

3. Mitgliedsdauer

Die jeweilige individuelle Dauer der Mitgliedschaft in der CDU ist für den Mitgliederabgang offensichtlich von erheblicher Bedeutung. 1984 und 1985 lag die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft bei den Abgängern jeweils immerhin um 0,6 Jahre unter der der übrigen Parteimitglieder. In der ersten Jahreshälfte 1986 stieg diese Differenz sogar auf 0,9 Jahre (11,2 Jahre gegenüber sonst 12,1 Jahre).

Weiter ist zu berücksichtigen, daß weniger als 27% der heutigen CDU-Mitglieder bereits in der Partei waren, als diese 1969 noch die Regierung gestellt hat,

weniger als 8% bereits in den fünfziger Jahren das CDU-Parteibuch besaßen. Die überwiegende Mehrzahl der heutigen Parteimitglieder ist der CDU in einer Zeit beigetreten, als diese in Bonn in der Opposition stand.

Mitglieder, die der CDU zwischen 10 und 30 Jahren angehörten, finden sich unter den Abgängern eher selten. Die leicht überproportionalen Abgänge bei über 30jähriger Mitgliedsdauer sind auf Todesfälle zurückzuführen.

Dauer der CDU-Mitgliedschaft bei Abgängern und Mitgliedern
1984 bis Mitte 1986

	1984		1985		Juli 1986	
	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %	Abgänger %	Mitglieder insgesamt %
bis unter 2 Jahre	8,7	10,1	5,7	7,5	5,9	5,6
2 bis unter 4 Jahre	13,3	10,0	13,6	10,7	12,1	9,7
4 bis unter 6 Jahre	10,9	8,8	11,4	8,8	11,7	9,2
6 bis unter 8 Jahre	9,1	8,1	9,3	8,0	9,6	8,2
8 bis unter 10 Jahre	16,5	15,0	12,6	11,4	8,3	7,5
10 bis unter 15 Jahre	24,4	26,7	27,5	29,7	30,5	33,0
15 bis unter 20 Jahre	6,2	8,4	7,6	10,1	9,3	12,3
20 bis unter 25 Jahre	4,2	5,8	4,5	6,1	4,4	6,3
25 bis unter 30 Jahre	2,8	3,4	3,0	3,6	2,9	3,5
30 Jahre und mehr	3,8	3,3	4,4	3,7	5,1	4,4
ohne Angaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	10,2	10,8	10,8	11,4	11,2	12,1

4. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

Die Strukturanalyse zeigt im Vergleich der CDU-Mitglieder mit den Neumitgliedern des Jahres 1985 einige bedeutsame Tendenzen der weiteren Angleichung von Mitgliedern und Bevölkerungsstruktur.

Während der Anteil der Frauen am gesamten Mitgliederbestand der CDU noch 1969 erst bei 13,1% gelegen hatte, lag er 1985 immerhin bereits bei 22,0%. Unter den Neumitgliedern fanden sich 1985 sogar zu 30,9% Frauen, 1970 stellten diese erst 17,3% der Neumitglieder.

Das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder liegt 1985 mit 39,1 Jahren volle 10 Jahre unter dem der gesamten Mitgliedschaft (49,1 Jahre). Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der jüngsten, bis 24jährigen Altersgruppe unter den Neumitgliedern (19,7%).

Während Katholiken mit einem Anteil von 56% noch 1970 unter den Neumitgliedern deutlich das Übergewicht hatten, fanden sich 1985 unter den Zugängen bereits nahezu ebenso viele Protestanten wie Katholiken (43,3% zu 43,7%). 5,5% der Neumitglieder gehören keiner Glaubensgemeinschaft an.

1969 fanden sich unter den erwerbstätigen CDU-Mitgliedern 38,1% Selbständige. Deren Anteil betrug 1985 nur mehr 32,6% an den erwerbstätigen Mitgliedern, unter den Neuzugängen lag die Quote gar nur noch bei 29,7%. Dagegen ist ein steigender Anteil der Parteimitglieder als Angestellt tätig (41,6% der erwerbstätigen Neumitglieder). Auch der Anteil von Hausfrauen (12,5%) und in Ausbildung befindlichen Personen (15,0%) liegt unter den Neumitgliedern höher als im Gesamtbestand der CDU.

Alle genannten Tendenzen führen zu einer angemesseneren Vertretung relevanter sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft der CDU und unterstreichen damit deren Charakter als moderne Volkspartei.

Struktur der Mitglieder und Neumitglieder zum Jahresende 1985

	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Männer	78,0	69,1
Frauen	22,0	30,9
-24 Jahre	3,7	19,7
25-29 Jahre	4,6	9,8
30-39 Jahre	16,7	24,0
40-49 Jahre	28,5	25,3
50-59 Jahre	22,4	11,1
60-69 Jahre	13,3	5,9
70 Jahre und älter	10,2	3,3
Durchschnittsalter	49,1	39,1
Männer	8,3	32,7
-29 Jahre	69,5	59,9
30-59 Jahre	21,7	6,6
60 Jahre und älter	48,7	37,6
Durchschnittsalter		
Frauen	8,1	22,4
-29 Jahre	61,1	61,2
30-59 Jahre	30,2	15,1
60 Jahre und älter	50,5	42,5
Durchschnittsalter		
evangelisch	34,5	43,3
katholisch	58,8	43,7
sonstige	0,4	0,8
ohne Bekenntnis	2,9	5,5
Selbständige/Mith.	24,4 (32,6)	17,9 (29,7)
Arbeiter	10,0 (13,4)	7,6 (12,6)
Angestellte	28,0 (37,4)	25,1 (41,6)
Beamte	12,5 (16,7)	9,7 (16,1)
Rentner/Pens.	4,6	5,9
Hausfrauen	11,2	12,5
in Ausbildung	6,6	15,0

In Klammern: Anteil an den Erwerbstätigen insges.,
Summe = 100%.

